

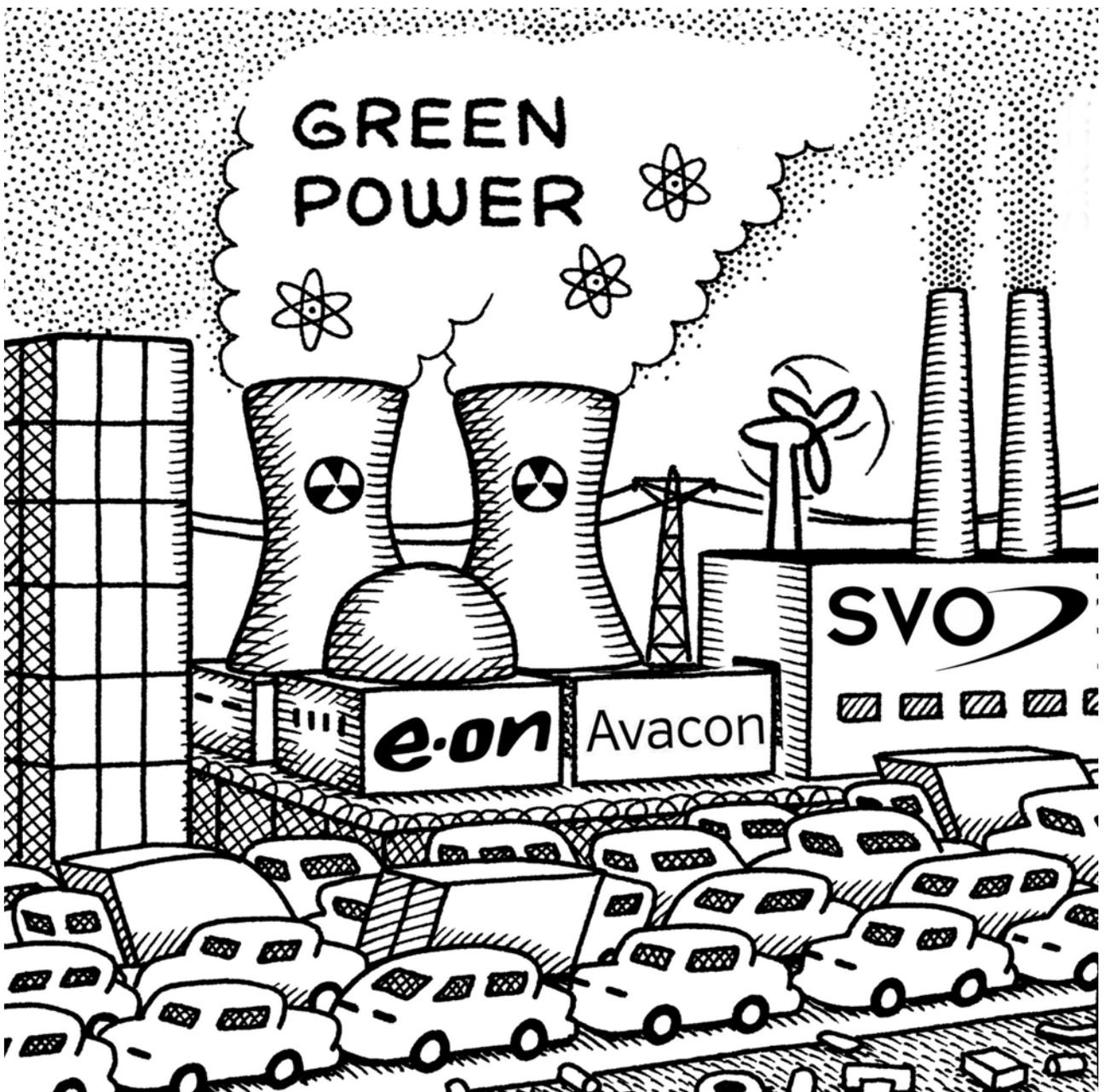
gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 55

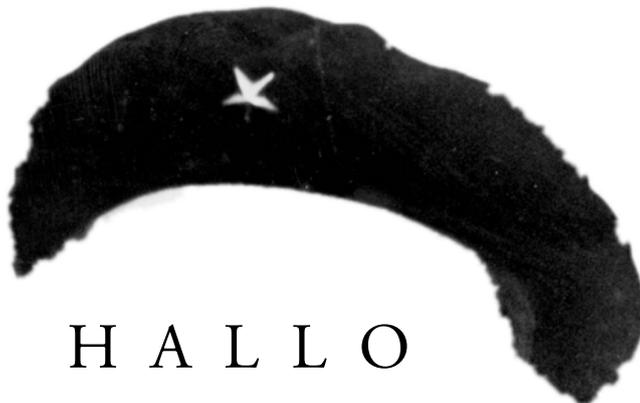
Juli/August 2011



Grün, grün grün, sind alle meine Kleider ...

INHALT

Grün, grün, grün – sind alle meine Kleider	
Über greenwash bei E.ON/SVO	3
Mit Flowerpower gegen SVO	4
Für eine radikale Energiewende	
Weiter gegen Kohle und Atom	5
Rekommunalisierung auf dem Papier	
Behält E.ON das Sagen?	6
Laternengespräche	
Schweinegänge	8
Strukturgutachten fördert Schul-Klassen-Gesellschaft	
»Oberschule« statt Gesamtschule	10
Meldungen	
Quer durch Stadt und Landkreis	12
AntiFa gegen Sonnenwendfeier	
Breites Bündnis protestiert	15
Nachbarn, denen sie vertrauen können	
Politik ohne Programm	16
Solidarität statt Spaltung	
Das Wahlprogramm der LINKEN	17
Kleinbauern-Ruin in Westafrika	
Keine Chicken schicken	20
Landessynode zu Massentierhaltung	
Es ist ein Wandel erforderlich	22
„Wir haben ihre Agrarpolitik satt“	
Treckersternfahrt in Wietze	23
Renate Deuter – Gewappnet	25
... rockin' all over the world ...	
Immer dabei grassyworld.net	26
Rezensionen	
Eichmann & Todesmärsche	28
Termine in Kino, Kultur & Politik	30



HALLO

„Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.“

Walter Benjamin

Für Fans von Risikoberechnungen sei an dieser Stelle kurz angemerkt: Nach den USA (1979), der SU (1986) und Japan (2011) ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die nächste Kernschmelze in Westeuropa fällig ist – dafür spricht die AKW-Dichte mit 121 AKW, wovon immer noch 9 bei uns in Deutschland »laufen«.

Vielleicht könnt ihr es vor diesem Hintergrund verkraften, dass sich ein Großteil unserer Artikel wieder mit (lokalen) energiepolitischen Fragen beschäftigt. Und dass ansonsten – nach wie vor – Schlachthof & Mastställe themengebend sind, ist klar.

Dann steht 9/11 die Kommunalwahl an. Bekanntlich sind wir der Auffassung, dass Wahlen (in Deutschland) nicht wirklich etwas ändern – aber die kommunalpolitischen Akteure müssen sich vorher mal »sammeln«, worauf wir in diesem Heft einen ersten Blick werfen wollen.

Dass es auch nach der Sommerpause eine neue revista geben wird, ist der RWLE Möller-Stiftung zu verdanken. Die hält soviel auf die »Preßfreiheit«, dass sie uns mit einem Zuschuss am Leben hält. Nehmt euch ein Beispiel, ihr Leser_innen! Kontonummer unten im Kasten.

Schönen Sommer wünscht – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Über greenwashing bei SVO/E.ON

Mit Fukushima startete die Stromversorgung Osthanover GmbH (SVO) eine Imagekampagne, bei der insbesondere das Ökostromangebot »Naturwatt« herausgestellt wurde. Mit dem bösartigen Atomstrom wollte man auf keinen Fall in Verbindung gebracht werden. Herausgefordert sah sich die SVO dabei auch durch eine kleine Kampagne des Celler Forum gegen Atomenergie, die mit Flyern und bei jeder Veranstaltung deutlich machte: Der Atomwirtschaft die rote Karte zeigen, das heißt vor Ort: Tschüss SVO! Deshalb ist es bitter, dass es der SVO gelang, sich Referenzen aus der »Öko-Szene« zu beschaffen.

Die SVO kleidete sich zuletzt vornehmlich »grün«, dabei gehört der Energieversorger zum Atomkonzern E.ON/Avacon. Über die Tochter E.ON Kernkraft betreibt der Konzern sechs AKW in Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen und ist an weiteren fünf beteiligt. Die Imagekampagne diente vor allem dazu, dies zu »verschleiern«.

Denn verdienen kann die SVO an dem »Naturwatt«-Angebot eigentlich nichts. Sie ist nur Weiterverkäufer eines Produkts der NaturWatt GmbH. Gesellschafter sind die EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg (EWE AG), die Stadtwerke Norden GmbH, Norden und die Stadtwerke Emden GmbH. Klingt nach regionalen Versorgern, aber: Im Juli 2009 wurden 26 Prozent des Grundkapitals der EWE AG an die EnBW (Energie Baden-Württemberg AG) übertragen. Damit steckt ein Atomenergiekonzern im Geschäft, denn: Dem Konzern gehören zu 100 % die AKW Neckarwestheim 1 und 2 sowie Philippsburg 1 und 2. Bevor die jeweiligen Blöcke 1 jetzt vom Netz genommen wurden, hatte EnBW den höchsten Atomstromanteil aller deutschen Energieversorger. Im übrigen: Mindestens 64 % des radioaktiven Inventars der Asse stammt aus dem stillgelegten AKW Obrigheim, das die EnBW betrieben hatte.

Also – der eigentlich saubere Strommix »Naturwatt« ist schon gar nicht mehr so »sauber«, wenn wir uns die einzelnen Verflechtungen der Vertriebsgesellschaft anschauen. Die SVO allerdings lässt nichts unversucht, das »Greenwashing« voranzutreiben:

Dafür spannt man mit Vorliebe Zugpferde aus dem »Öko«-Milieu ein. Im Uelzener Vertriebsgebiet ist es gelungen, die Bohlsener Mühle, den größten Verarbeiter von Bioland-Getreide in Norddeutschland, wie auch den landwirtschaftlichen Biobetrieb Bauckhof Stütensen zu »Naturwatt«-Kunden zu machen. Ebenfalls dazu gehört der durch Ehec-Erreger ins Gerede gekommene Gärtnerhof Bienenbüttel. Was soll damit suggeriert werden? Selbstverständlich, dass auch die SVO ein super-nachhaltiges Unternehmen ist.

Unter dem Begriff des *Greenwashing* (zu deutsch etwa: Grünfärberei) werden gezielte Werbemaßnahmen verstanden, die genau einem Zweck dienen, nämlich ein ökologisches, nachhaltiges, verantwortungsvolles Image zu verbreiten. Nötig haben das in erster Linie solche Unternehmen, die mit ihrem Kerngeschäft nicht unbedingt sofort mit o.g. Begriffen assoziiert werden.

Quelle: www.ensaver.de

Im Celler Raum ist die SVO vor allem in Sachen Sponsoring unterwegs. Viele Vereine und Kulturanbieter greifen angesichts schmäler werdender öffentlicher Förderung gern auf die Unterstützung der SVO zurück. Und auch hier geht's vermehrt um die Zielgruppe, der Marketing-Experten das Label LOHAS angeheftet haben: »Lifestyle of Health and Sustainability«. Einen Volltreffer landete die SVO hierbei mit der Förderung von »FlotART«, dem Wochenende für Kunst & Design an verschiedenen Standorten im Flotwedel. Hier dürften sich am letzten Juni-Wochenende deutlich mehr umweltbewusste Verbraucher_innen getummelt haben, als die deutsche Gesellschaft im Durchschnitt zu bieten hat. Auf rund 3000 Euro soll – so hörten wir – sich das Sponsoring durch die SVO belaufen. Im Kundenjournal des Energieversorgers, Titel: »Im Leben«, wurde dies mit Titelbild und –story weidlich ausgenutzt. Intensiv wurde auf weiteren Seiten das »NaturWatt«-Angebot gepriesen.

Bis zum Super-GAU von Fukushima bezogen im Versorgungsgebiet der SVO in Celle und Uelzen rund 750 Privat- und Gewerbekund_innen das »NaturWatt«-Angebot. Mitte Mai waren es knapp 900. Bei insgesamt 135000 Kund_innen, ein Anteil von nicht einmal einem Prozent. Aber es geht ja auch nicht darum, mit Ökostrom Geschäfte zu machen – es geht einzig ums Image.

Auf der anderen Seite gibt es keinen vernünftigen Grund, »NaturWatt« zu beziehen. Der preislich günstigste, wirkliche Ökostrom-Anbieter »Naturstrom« kos-



tet einen Durchschnittshaushalt gerade mal zwei Euro mehr im Monat. Ein Stromwechsel dorthin schmerzt das Energie-Oligopol von E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW, weil er auf mehr zielt als ein reines Gewissen. Wer zu Naturstrom, Lichtblick, Greenpeace Energy oder EWS Schönau wechselt, signalisiert den Wunsch nach einer Energiewende – und fördert diese auch (siehe www.svo-no.de).

Das Celler Forum gegen Atomenergie hat sowohl die Bohlsener Mühle wie auch den Verein FlotART angeschrieben und auf die beschriebene Problematik hingewiesen. Bis zum Redaktionsschluss haben weder die einen noch die anderen geantwortet.

Mehr Infos unter:

Ulrich Müller: Greenwash in Zeiten des Klimawandels. Wie Unternehmen ihr Image grün färben; siehe: <http://www.lobbycontrol.de/download/greenwash-studie.pdf>

Kritische Aktionäre fordern von E.on Energiewende statt Greenwashing

Der Dachverband der Kritischen Aktionäre fordert von der E.on AG ein deutliches Bekenntnis zur Energiewende. Deutschlands größter Energiekonzern solle auf den Bau neuer Atomkraftwerke in England und Finnland sowie weiterer Kohlekraftwerke in Deutschland verzichten und stattdessen verstärkt in erneuerbare Energien investieren.

In ihrem Gegenantrag verurteilen der Dachverband und seine Mitgliedsorganisation urgewald den Kurs von E.on. Wenn es um Atomenergie gehe, bringe E.on das Klimaschutzargument an. Tatsächlich jedoch plane und baue der Konzern allein in Deutschland drei neue Kohlekraftwerke in Datteln, Wilhelmshaven und Großkrotzenburg, die nach Inbetriebnahme jährlich mehr als 18,5 Millionen Tonnen CO2 emittieren werden. „Die aggressive Atom- und Kohlepolitik von E.on blockiert die Energiewende und gefährdet die Sicherheit und das Klima“, sagt Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbands. Für diesen Kurs noch den Slogan „Cleaner and better energy“ zu erfinden, sei pures Greenwashing, mit dem E.on Aktionäre und die Öffentlichkeit über die wahren Absichten des Konzerns täusche. E.on habe in den letzten Jahren kaum in erneuerbare Energien investiert, wie die jüngste Studie des Berliner Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) nachweise.

Pressemitteilung Nr. 11/2011 04. Mai 2011



Mit Flower-Power gegen SVO

Die SVO legt sich gerade mächtig ins Zeug, um als beliebte »Partnerin« der Vereinswelt im Rennen um die Konzessionsverträge in der Stadt und den Landkreisgemeinden zu punkten. So auch beim diesjährigen Seifenkistenrennen, wo die »Rennwagen« mit einem SVO-Fahrzeug vom Ziel wieder an den Start geschleppt wurden. Einen kleinen Kontrapunkt setzte das „Flower-Power-Racing-Team“. Vom Chefindenieur des Teams wurde uns mitgeteilt: „Dieses Jahr hatten wir unsere Flower-Racer mit Atomkraft?-Nein Danke-Fahnen bestückt und zudem einen Flyerhalter mit Stromwechselinfos integriert, ohne zu ahnen, dass die SVO zu den Hauptsponsoren der Veranstaltung gehörte. Das gab nicht nur schöne Bilder, sondern auch den famosen Effekt beim Transport unserer Kiste nach oben, dass Firmenwagen der SVO mit wehenden Atomkraft?-Nein Danke-Fahnen durchs Hehlentor-Viertel fuhren.“



Für eine radikale, dezentrale Energiewende – das heißt:

Weiter gegen Kohle und Atom

Im Sommer 2011 – drei Monate nach Fukushima – steht ein »Ausstiegsbeschluss«, der besser ist als der ehemalige rot-grüne Atomkonsens und viel besser als die schwarz-gelbe Laufzeitverlängerung, die nie Wirkung entfaltete. Drei Faktoren waren dafür verantwortlich:

1.) Eine Anti-AKW-Bewegung, die seit dem Herbst 2009 eine stetig zunehmende Zahl von Menschen auf die Straße brachte und so ein gesellschaftliches Klima erzeugt hat, das den politischen Eliten jegliche Legitimation für ihren Atomkurs entzog. Das hat in zentralen Fragen zwar selten gestört, aber ...

2.) Kanzlerin Merkel und ihrem direkten Umfeld ist angesichts der vorstellbaren Folgen eines Super-GAU in Deutschland, wo freigesetzte Radioaktivität sich nicht einfach übers und ins Meer »verflüchtigt«, scheinbar tatsächlich ein Schreck in die Glieder gefahren. Eine Reaktorkatastrophe in Deutschland hätte gravierendere Zerstörungen zur Folge als der II. Weltkrieg – und würde das Ende der »glorreichen« Exportnation bedeuten.

3.) Die zur Verabschiedung anstehenden Gesetze bedienen zuvörderst das große Energiekapital (Off-Shore, Netzausbau etc.) und eröffnen ihm Marktchancen weit über den deutschen Markt hinaus. Bei Regenerativen und Effizienztechnologie will sich Deutschland nicht von den Chinesen abhängen lassen.

Für die Anti-AKW-Bewegung ergibt sich daraus eine veränderte Situation:

Die medial gestützte Konsensmaschinerie wird es in der nächsten Zeit schwer werden lassen, erneut zu Massenprotesten gegen die noch laufenden AKW zu kommen. Punktuelle Aktionen werden wieder in den Vordergrund rücken (z.B. Castor im November 2011).

Wichtiger aber könnte werden, die »Energiewende« vor allem dezentral voranzubringen. Dazu müssen lokale Klimaschutz- und Energiewende-Bündnisse entstehen. Hier sollten sich die Menschen verstärkt einmischen, die



zuletzt gegen die Atomanlagen auf die Straße gegangen sind. Wie in jeder sozialen Bewegung geht es darum, sich kompetent zu machen und vor Ort Leute zusammenzubringen, die gemeinsam einen Teil ihrer Zeit in das gesellschaftliche Projekt der »Energiedemokratie« stecken wollen, d.h. in eine Wende weg von Konzernmacht und Zentralisierung im Energiesektor. Deswegen: ja zur Dezentralisierung, nein zu Großprojekten wie Desertec und gigantischen Offshore-Windparks, die vor allem massive staatliche Subventionsprogramme für den Versuch der großen vier Stromkonzerne wären, den erneuerbaren Sektor unter ihre Kontrolle zu bringen.

Und noch ein Aspekt ist wichtig, den die Berliner Gruppe »gegenstrom« so beschreibt: „Unsere Energiewende kann keine sein, die sich damit zufrieden gibt, den wahnsinnigen Wachstumszwang der Weltwirtschaft einfach nur mit anderen Energien zu füttern. Wenn wir die Klimakrise abwenden, und den Energiesektor ökologisch umbauen wollen, muss der gesellschaftliche Energieverbrauch drastisch sinken. Keine soziale und ökologische Energiewende ohne Wachstumskritik.“

Ein Celler AKW-Gegner



Behält E.ON das Sagen?

Der weltweit größte private Energiekonzern, die E.ON AG wird auch künftig in Stadt und Landkreis Celle das Sagen haben. Den Weg dazu weist ein Beschluss des Kreistags vom 21. Juni. Eine Rekommunalisierung gibt es dabei nur auf dem Papier. Für eine lokale Energiewende ist die angestrebte Struktur ein schlechtes Ergebnis und kein Schritt hin, sondern eine Kehrtwende gegen Energiedemokratie.

Eigentlich hat der Landkreis mit der Vergabe der Konzessionsverträge gar nichts zu tun. Aber: Er ist bisher der größte kommunale Gesellschafter der SVO. Und in dieser Rolle hat Landrat Wiswe dergestalt die Strippen gezogen, dass die SVO der Stadt Celle und den Landkreisgemeinden ein Angebot macht, das scheinbar den kommunalen Einfluss stärkt. In der Kreistagssitzung erntete er für diesen Schachzug breite Zustimmung. Einzig Bündnisgrüne und die LINKE stimmten dagegen. Gerald Sommer brachte es für die Grünen auf den Punkt: „Das Angebot des Landkreises ist nicht der Fisch, sondern nur der Köder.“ Wolf Wallat (LINKE) sprach von einer »Mogelpackung«.

Die Konzeption ist im einzelnen sehr kompliziert; im Kern aber sind drei Punkte wichtig:

- 1.) Die Stromversorgung Osthannover (SVO), Tochter von E.ON/Avacon, bleibt Konzessionsnehmer für Strom und Gas.
- 2.) Dafür verzichtet E.ON/Avacon zwar auf die Mehrheit der Gesellschafteranteile, aber ...
- 3.) E.ON/Avacon sichert sich als Sonderrechte die Genehmigung des Wirtschaftsplans und die Bestellung der Geschäftsführer.

Konzession geht an die SVO

In allen Kommunen der Landkreise Celle und Uelzen sind die Stromkonzessionen zum Jahresende neu zu vergeben. In der Stadt Celle die Konzessionen für Strom und Gas. In Uelzen wurde bereits mit der SVO verlängert. Die Kommunen im Landkreis Celle haben sich zu einer Anstalt des öffentlichen Rechts unter dem Namen »Energieversorgung Celle Land« (EVC) zusammenschlossen und führen so Verhandlungen mit der SVO. Die EVC nennt als Voraussetzung für den Abschluss von Konzessionsverträgen die Erhöhung der kommunalen Einflussnahme auf die Energieversorgung. Für die Stadt Celle ist die SVO wohl einer von drei Anbietern, eine Entscheidung soll noch vor der Kommunalwahl in der Ratssitzung am 26. August fallen. Voraussetzung aller folgenden Schritte ist, dass die SVO die Konzession erhält.

Kommunen als Mehrheitsgesellschafter

Bisher sind E.ON Avacon (64 %), die Landkreise Celle (18,8 %) und Uelzen (13,2 %) sowie der Wasserversorgungsverband (4 %) Gesellschafter der SVO. Um dem Wunsch der Kommunen nach einem stärkeren Einfluss gerecht zu werden, wollen der Landkreis Celle und E.ON den Weg frei machen zu einer Umschichtung.

Nach dieser Umstrukturierung sähe es mit den Gesellschafteranteilen so aus. Bei der SVO Holding GmbH: E.ON Avacon (48,1 %), Landkreis Celle (10,8 %), Landkreis Uelzen (13,2 %), WVC (4 %), EVC (10 %) und Stadt Celle (13,9 %). Bei der SVO Energie GmbH ist es etwas komplizierter. Unterm Strich hätte auch hier die E.ON Avacon »nur« 48,1 %. Die Mehrheitsverhältnisse lägen also bei den Kommunen. Das wird man den Bürger_innen als »Rekommunalisierung« verkaufen.

Sollte es zu einem Abschluss von Konzessionsverträgen zwischen der SVO und der Stadt Celle kommen – das ist die Voraussetzung –, hat sich die E.ON bereit erklärt, der Stadt Celle 13,9 %-Punkte ihrer Anteile abzutreten. Der Kaufpreis hierfür beträgt 30,58 Mio. EUR.

Der Landkreis Celle würde er 8 %-Punkte seiner Anteile an die EVC verkaufen. E.ON Avacon würde 2 %-Punkte abgeben. Insgesamt müsste die EVC dafür 17,6 Mio. EUR berappen.

Vorab wollen sich die derzeitigen Gesellschafter noch eine so genannte »Vorausabkehrung« aus dem SVO-Vermögen auszahlen – für den Landkreis Celle knapp 6 Mio. EUR. Die SVO hätte danach einen gutachtlich ermittelten Kaufpreis von rund 220 Mio. EUR.



Grohnde ist ein E.ON-AKW

Das Sagen hat E.ON

Trotzdem behält die E.ON Avacon das Sagen. Die scheinbare Rekommunalisierung gibt es laut Verhandlungsangebot der E.ON Avacon nur unter Beibehalt der Einflussrechte auf a.) die Genehmigung des Wirtschaftsplanes und b.) die Bestellung und Abberufung der Mehrheit der Geschäftsführer der SVO Holding GmbH.

Wie soll das bei den geänderten Mehrheitsverhältnissen gehen? Diese Sonderrechte sollen entweder gewährleistet werden durch den „Abschluss eines Stimmbindungsvertrages zwischen der Stadt Celle und der E.ON Avacon AG“ oder durch »disquotale Mehrheitsanforderungen« in der Gesellschafterversammlung. Im ersten Fall ist auszuschließen, dass der Schwanz mit dem Hund wedelt, und im zweiten heißt es schlicht: Bei wichtigen Fragen interessieren die Mehrheitsverhältnisse nicht.

Die SVO ist in den Verhandlungen unter Druck gekommen. Einen nicht unwichtigen Beitrag leistete der Zusammenschluss der Celler Landkreismunicipalitäten zur EVC. Und auch die Stadt Celle hatte deutlich werden lassen, dass es zu den alten Bedingungen nicht weitergehen soll. Aber gibt es außer E.ON andere »Gewinner«? Vielleicht die Landkreismunicipalitäten, die künftig einen größeren Teil vom Energiekuchen abbekommen. Aber was ist mit der Stadt Celle?

Gemeinsames Interesse von Oberbürgermeister und Fraktionen war, den kommunalen Einfluss zu vergrößern. Davon wird bei diesem Modell nichts bleiben außer Schein. Ob es sich wirtschaftlich für die Stadt auszahlt, kann seriös nicht beurteilt werden. Auch weil die Verwaltungsspitze das ganze Verfahren bisher in keiner Weise bürgertransparent gestaltet. Sie muss aus ihrem vorhandenen E.ON-Aktienpaket (oder anders) den Ankauf realisieren, also gut 30 Mio. EUR über den Tisch schieben. Denkbar, dass die Renditeerwartungen als SVO-Anteilseigner über den Dividendenerlösen der E.ON-Aktien liegen. (Was im übrigen dann seit 10 Jahren auf das Konto des ehemaligen OB Biermann und der großen Koalition aus CDU/SPD/FDP geht.) Aber was ist mit dem Gestaltungsinteresse?

Der Einfluss auf die Energiepolitik vergrößert sich um keinen Deut. E.ON will den Strom verkaufen, den es in den eigenen AKW und Kohlekraftwerken produziert – dazu kommt künftig im besten Fall die Offshore-Windenergie. Im schlimmsten Fall gehen die Kommunen diesen Weg aus wirtschaftlichen Erwägungen bereitwillig mit – was bedeuten könnte, dezentrale Wind-, Geothermie-, Wasser- und Sonnenenergieerzeugung in der Region auszubremsen statt zu fördern.

Dabei gibt es Alternativen

Unzweifelhaft ist eine wirkliche Rekommunalisierung in der derzeitigen Situation eine risikoreiche Angelegenheit. Die Verbraucher_innen wären nicht in Strömen von der SVO zu neu gegründeten Celler STADTWERKEN gewechselt, nur weil der Stadtrat dies gern



hätte. Der Wechsel zu einem anderen Strom- und Gasanbieter ist nach wie vor keine Selbstverständlichkeit und erfolgt in der Regel nicht aus dem Grund, regionale Wertschöpfung stärken zu wollen. Aber es geht bei der Energiewende ja auch nicht um Geschäftemacherei, sondern um die Stärkung der Regenerativen, um Effizienz und Suffizienz (als Einsparung). An letzterem hat kein (privater) Energieversorger ein Interesse. Was hätte die Stadt also tun können?

Unser Vorschlag: Die Umwandlung der bestehenden Stadtwerke zu einer Energiewende GmbH mit dem Auftrag: 1.) Investitionen in regionale regenerative Energien, 2.) Förderung von Effizienzkonzepten für Strom und Wärme in Betrieben und Haushalten, 3.) Umsetzung von Konzepten zur Einsparung von Energie auf breiter Ebene – d.h. vor allem Aufklärung, 4.) Umsetzung von Mobilitätskonzepten zur Verminderung des PKW-Individualverkehrs. Das alles lässt sich nicht mit der SVO machen, sondern nur gegen E.ON. Also wäre es vielleicht das Beste gewesen, die Konzession einfach an den Meistbietenden zu vergeben und eine eigene engagierte Energie- und Klimaschutzpolitik zu betreiben.

Damit ist für Stadt und Landkreis Celle nun in der nächsten Dekade wieder nicht zu rechnen. Um wenigstens in kleinen Schritten voranzukommen, muss jetzt die Forderung nach einer städtischen Klimaschutzagentur auf den Tisch, die – finanziert aus der Dividende der E.ON-Aktien – einen kleinen, aber vielleicht engagierten Beitrag zur lokalen Energiewende leistet. Und die Aktien sollen mittelfristig sowieso anders angelegt oder investiert werden.

Schweinegänge



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch: Deutsche Politik auf den Punkt gebracht lautet: Die Grünen führen Deutschland in den Krieg – siehe Kosovo, die SPD macht den Sozialabbau – siehe Hartz IV, und die CDU macht jetzt den Atomausstieg. Muss jetzt, wer Reichensteuer und Mindestlohn will, die FDP wählen?

Die Dicke: Kurios ist es schon, aber letztlich ist der so genannte Atomausstieg so gestrickt, dass unterm Strich die Stärkung der Marktmacht der Energie-Oligarchen rauskommt und der Export-Weltmeister Deutschland sich von den Chinesen nicht die Butter vom Brot nehmen lassen will.

Oma Lilo: Vergessen wir nicht, dass das Restrisiko – ethisch abgewogen – mindesten 11 weitere Jahre bleibt und der Atommüllberg noch einmal ordentlich aufgestockt wird.

Der lange Lulatsch: Scheinbar nichts, was die grünen Oberfunktionäre stört. Und auch die Basis hatte ihre Fähnchen auf den Anti-AKW-Protesten ja zuletzt schon wieder eingerollt.

Der Besserwisser: Wo's ums Ganze geht, also um Deutschland – da wollen Grüne und SPD halt nicht zurückstehen.

Oma Lilo: Bei den Kommunalwahlen im September wird es sich für die Grünen trotzdem am ehesten auszahlen, oder?

Die Dicke: Davon ist wohl auszugehen. Ein zweistelliges Ergebnis sollte drin sein.

Oma Lilo: Und auf wessen Kosten?

Die Dicke: Die CDU dürfte mit 35 % gut bedient sein, und wenn die bräsig SPD noch 25 % holt, dann passt doch alles für die große Konsensmaschinerie.

Der lange Lulatsch: Und wie schätzt du den Rest ein?

Die Dicke: Na gut – die Grünen 15 %, die Unabhängigen 10 %, FDP und Linke jeweils 5 %. Und den Rest teilen sich BSG und Wählergemeinschaft.

Der lange Lulatsch: Und eigentlich bleibt alles, wie es ist. Amen.

Klein Jonas: Was ist »bräsig«?

Oma Lilo: So ein bisschen denkfaul, gepaart mit staatstragender Behäbigkeit.

Der Besserwisser: Mannomann. Ihr bewegt euch ja auf dem Niveau von Fernseh-Talkshows.

Der lange Lulatsch: Na denn sag' du uns wieder, wo der Hammer hängt.

Der Besserwisser: Das Elend der repräsentativen Demokratie sollte euch bekannt sein, oder? Und du müsstest doch gerade wieder jauchzen angesichts der Proteste in Griechenland und Spanien, wo es ausdrücklich darum geht, die Stimme nicht mehr abzugeben, sondern

möglichst laut Interessen einzufordern.

Die Dicke: Auf der kommunalen Ebene ist das doch anders. Da kennt man seine Schweine am Gang.

Der lange Lulatsch: Was hilft's. Die Wahl legitimiert, wer sich am Trog drängeln darf. Und bei allen wichtigen Fragen bleiben die Betroffenen außen vor.

Die Dicke: Mit Supermen.de ist doch eine andere Kultur eingekehrt: Bürgerhaushalt, Bürgersprechstunden, Stadtteilrundgänge ...

Der Besserwisser: Nur wenn's ans Eingemachte geht, bleibt alles hinter verschlossenen Türen.

Die Dicke: Zum Beispiel?

Der Besserwisser: Konzessionsvertragsverhandlungen – nicht einmal die Zieldiskussion war öffentlich; oder Public Private Partnership – bis heute gab's im Stadtrat weder zum einen, noch zum anderen eine öffentliche Diskussion. Kaum jemand weiß, dass die Stadt ein millionenschweres Aktienpaket von E.ON/Avacon hat und wofür die nicht knappen Dividenden verwendet werden.

Der lange Lulatsch: Und ausgerechnet die Honoratioren-Politiker von den UNABHÄNGIGEN sind jetzt gegen die Politik der verschlossenen Türen?

Der Besserwisser: Was nicht ganz so erstaunlich ist. In der Kommunalpolitik gibt es ja so etwas wie Koalitionen gar nicht, weil der »Regierungschef« – also Landrat oder Oberbürgermeister – ja nicht vom Parlament, sondern von den Bürgern gewählt wird. Der Verwaltungschef muss sich seine Mehrheiten also suchen und zu diesem Machtspiel gehört im Kern eine gut dosierte Informationspolitik. Wem sage ich wieviel, damit seine Fraktion am Ende zustimmt. Und aus diesem Spiel sind die Herren Hörstmann & Haack jetzt draußen, weshalb sie jetzt empört, was sie vorher für selbstverständlich hielten.

Die Dicke: Ich denke ja doch, dass es so etwas geben kann wie »linke« Kommunalpolitik. Die ökonomische Bedeutung ist immens; rund 2/3 aller öffentlichen Investitionen werden in den Städten und Gemeinden verbaut. Da wäre doch eine Aufgabe, kritisch darüber zu wachen, wie das passiert. Und das lässt sich wahrscheinlich besser machen, wenn man/frau näher dran ist an den Informationen. Und mit Information und Aufklärung ließe sich die Selbstermächtigung der Bürger_innen unterstützen.

Oma Lilo: »Selbstermächtigung«, wieder mal so ein Schlagwort. Schau' sie dir doch an, die Leute, die die Altstadt nur als Verkaufsbahn sehen. Manchmal habe ich so meine Zweifel an ihrer Gemeinwesenfähigkeit.

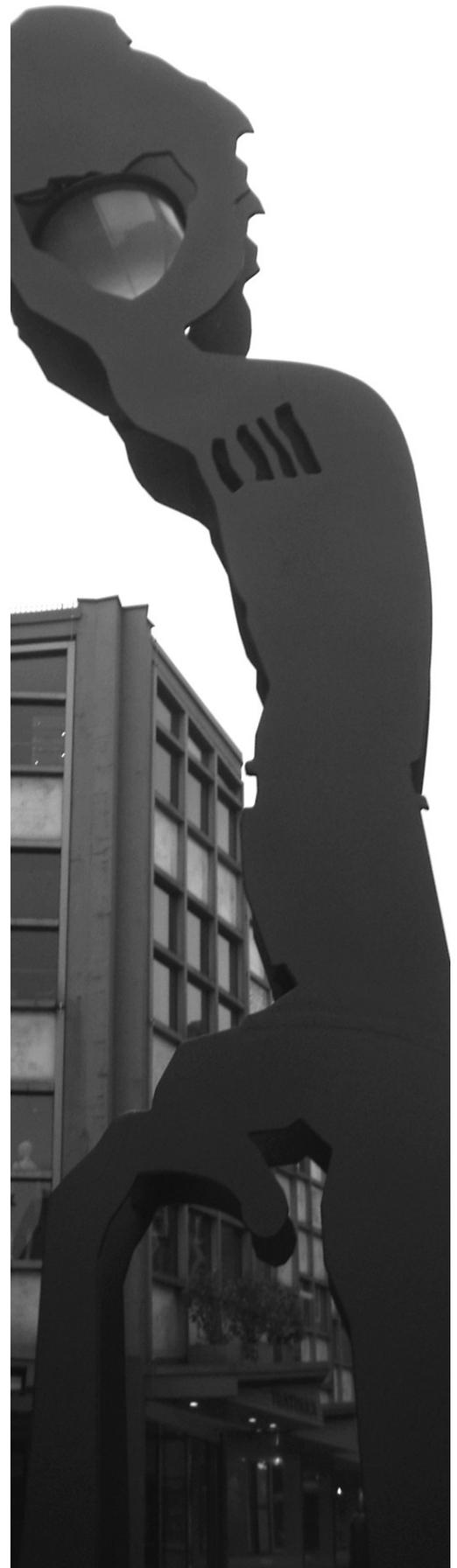
Der lange Lulatsch: Das kann sich bekanntlich schnell ändern. Und dann wäre es schon nützlich, wenn es ein paar Ideen und Ansätze gäbe, wie aus lokalen Zusammenhängen heraus – also z.B. hinsichtlich der Daseinsvorsorge – die Profit- und Herrschaftsrationalität angegriffen werden könnte. Das wäre dann ja auch die ganze »Commons«-Diskussion?

Klein Jonas: »Commons«?

Der lange Lulatsch: Puuh. Es geht darum, wie wir zu gemeinsamen Nutzungen kommen von Dingen, die für unsere Existenz notwendig sind. Also auch darum, dass diese Dinge keine »Ware« mehr sein sollen, sondern als Gemeingut jedem Mitglied der *community*, die es kollektiv pflegt und erhält, zugänglich sind.

Klein Jonas: Klingt kompliziert.

Der Besserwisser: Das Einfache, das so schwer zu machen ist.



Oberschule statt Gesamtschule

Im vollem Gange ist derzeit die Diskussion einer Umstrukturierung der Schullandschaft. Außergewöhnlich für Celle ist dabei, dass die vor Ort relevanten Planungen und Neuorientierungen parallel zu bundesweiten Auseinandersetzungen geführt werden: Haupt- und Realschulen sollen zu so genannten Oberschulen zusammengefasst werden. Hintergrund ist einerseits das schlechte Image der Hauptschulen, zum anderen die rückläufigen Schüler_innenzahlen. Der Landkreis Celle hatte deshalb ein Schulstrukturgutachten in Auftrag gegeben. Der Gutachter, Wolf Krämer-Mandau, schlägt einen gravierenden Umbau der Schullandschaft vor, wobei es im Kern nicht um pädagogische Fragen geht, sondern darum wie die Zusammenfassung von Haupt- und Realschule unter jeweils einem Dach mit dem vorhandenen Gebäudebestand in Deckung gebracht werden kann. Inhaltlich deckt sich das Konzept mit den Plänen der CDU/FDP-Landesregierung; kein Wunder, dass die Kreistagsfraktionen der Parteien grundsätzlich ihre Zustimmung signalisierten. Dass die SPD im Schulausschuss zustimmte, sorgte vor allem im Celler Stadtverband und der Ratsfraktion für Irritationen und wurde nur unter einigen Verrenkungen durch eine nachgeschobene Erklärung ausgeputzt. Die einzigen die in Stadt und Landkreis Celle für eine andere Schulpolitik stehen sind Bündnisgrüne und Die Linke.

Man mag sich freuen, dass sich nun auch in konservative Kreisen herumgesprochen hat, dass die Drei-Klassen-Gesellschaft seit fast einem Jahrhundert zumindest pro forma abgeschafft ist. Das dreigliedrige Schulsystem steht auf dem Prüfstand. Die Hauptschule hat das Image einer »Rest«-Schule bekommen. Die Schüler_innenzahlen sinken. Das, was die letzten Jahrzehnte nur schlecht lief, funktioniert halt heute überhaupt nicht mehr – also schafft man es ab. Wirklich?

Wo gibt es die besten Schulen? Nicht im dreigliedrigen Bayern - da gibt es nur die besten Abiturient_innen, die durch radikale Elitenförderung in ihrer Anzahl aber deutlich unter dem Bundes- und Europadurchschnitt liegen. Als beste Schule wurde 2011 eine IGS in Göttingen erkoren und in Anwesenheit von McAllister von Bundespräsident Wulff ausgezeichnet. Dass sie gleichzeitig versuchten, dies als Sonderfall herunterzuspielen, offenbart den politischen Dogmatismus der bürgerlichen Protagonisten, denn auf den folgenden Rängen tummeln sich in der Mehrzahl Gesamtschulen und Schulen aus den neuen Bundesländern.

Ein Celler Grundschuldirektor hospitiert mit seinen Kolleg_innen schon seit einigen Jahren im PISA-Musterlande Finnland, um selbst zu lernen und wenigstens für seine Celler Schule Anregungen und Perspekti-

Die Oberschule [...] soll Haupt- und Realschulen [...] ersetzen können. [...] Sie kann somit neben einem Gymnasium als alleinige Schulform geführt werden, d. h., die Oberschule kann nicht das Gymnasium ersetzen, wohl aber alle anderen Schulformen. [...] Die Oberschule soll in der SEK I in zwei Organisationsformen geführt werden können als

Oberschule ohne gymnasialen Schulzweig und
Oberschule mit gymnasialem Schulzweig. [...]

Je nach Organisationsform und Schuljahrgang kann der Unterricht

- überwiegend schulzweigbezogen (mehr als 50 %),
- kursdifferenziert in Form einer äußeren Fachleistungsdifferenzierung in den Kernfächern Deutsch, erste Fremdsprache Mathematik und, wenn die Schule es entscheidet, in den Naturwissenschaften auf zwei bzw. mit gymnasialem Angebot auf drei Niveaustufen erteilt werden oder
- jahrgangsbezogen erfolgen. [...]

An der Oberschule können alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erworben werden, d.h., die Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Erweiterten Sekundarabschluss [...]

Die Gymnasien erhalten als einzige Schulform Bestandsschutz.

Quelle: http://www.gew-nds.de/FAQ_Oberschule.php

ven zu erhalten. Auf seine Frage, wie man denn in Finnland zu einem so guten Schulsystem gekommen sei, wurde ihm lapidar geantwortet, man hätte es sich von der DDR abgeschaut – Schock. Gemeinsamer Unterricht aller Schüler bis zur zehnten Klasse mit anschließender Politechnischen Oberschule für einige, theoretischer Unterricht auch für spätere Arbeiter_innen und praktische Arbeiten für die zukünftige »geistige Elite« – Tabu. Und doch wurde vieles nicht nur in den neuen, sondern mittlerweile auch in vielen alten Bundesländern aus diesem Modell übernommen. Doch auch schon vor der Wende gab es in der Bundesrepublik ähnliche, praktikable und auf die modernen gesellschaftlichen Bedürfnisse zugeschnittene Schulformen, die beispielsweise in Hessen und NRW flächendeckend erfolgreich funktionierenden – Gesamtschulen.

Gesamtschule sei Gleichmacherei, tönt es hier seit Jahren, die den heutigen Anforderungen an ausdifferenzierte und spezialisierte Berufe nicht gerecht werden würde. Aber fragen wir uns, woran krankt und klagt heute unsere Gesellschaft und auch die Wirtschaft? An Arbeiter_innen und Angestellten, denen das nötige theoretische Fachwissen fehlt, weil an Haupt- und Realschulen die Wissensvermittlung didaktisch auf ein Mi-

nimum reduziert ist, die weder eine fachliche Spezialisierung zulässt, noch eine umfassende Allgemeinbildung überhaupt gewährleistet. Dafür haben wir auf der anderen Seite Abiturient_innen, denen es durch permanentes Büffeln an praktischem Geschick, sozial-ökonomischer Lebenserfahrung sowie dem Blick für gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse und gemeinschaftliche Umsetzungsstrategien fehlt. Wie sollen sie da später als Ingenieur_in und Wissenschaftler_in nützliche Dinge entwickeln, Unternehmen leiten, Städte planen, Menschen unterrichten oder Zukunftspläne vorschlagen?

Keine Gesamtschule im Landkreis Celle – das ist der wohl größte Fehler im neu vorgelegten Schulstrukturgutachten. So werden in dem 294-seitigen Entwurf mehr Probleme und Schwierigkeiten geschaffen als gelöst.

Viele Beiträge in der aktuellen Diskussion benennen die einzelnen Probleme. Bürgermeister, Eltervertreter_innen und auch einzelne Schuldirektoren melden sich derzeit zu Wort, um ihr jeweiliges Unbehagen und ihre Kritik zu äußern. Ist doch da die Perspektive, dass Schulen geschlossen und verlegt werden, wodurch sich die Fahrwege für Schüler_ und Lehrer_innen noch weiter und der lange Tag noch länger werden. Ja, so banal sind die Folgen des Schulstrukturgutachtens, das nur strukturelle Reformen, aber keine inhaltlichen bereitstellt. Nein, pädagogische und didaktische Reformen, die so dringend nötig wären, werden vielmehr noch verhindert. Die Auflösung der Hauptschulen durch Zusammenlegung mit Realschulen in einer Oberschule erzwingt durch immenses räumliches Verschieben von Schüler_innen jene im Gutachten beschriebenen Veränderungen. Aber dabei bleibt es – und vielmehr noch wird ein Zwei-Klassen-System in der Schule betonierte, welches nur noch Gymnasiast_innen und Andere kennt.

Wenn man auf diesen Gegebenheiten beharrt, dann ist es logisch, rein nach Schülerzahlen den Gemeinden im Landkreis Schulen zu verwehren und sogar Grundschulern lange Wege zuzumuten. Zudem werden Schul-Synergien zwischen Grund- und Hauptschulen sowie zwischen Realschulen und Gymnasien aufgelöst, was nicht nur die Chancen der Schüler verhindert und unmöglich macht, zu gegebener Zeit noch eine höhere Schullaufbahn einzuschlagen. Es werden auch die einfachsten Prinzipien der Pädagogik, die sich um die Entwicklung des Menschen kümmert, missachtet, indem man unter der einzig ökonomischen Prämisse eine Bildungsindustrie

in immer größeren Produktionseinheiten etabliert. Wem das jetzt schon zu hochtrabend war, hier ein Beispiel: Nur aufgrund der Berechnung von Schülerzahlen soll das Ernestinum eine gymnasiale Einheit beim Hölty eingehen, um Platz im Burgzentrum zu schaffen, damit die Hauptschüler_innen in eine Oberschule aufgenommen werden können, die aus den kommunalen und ortsnahen Grundschulen abgezogen werden.

Bei sinkenden Schülerzahlen und einer ländlichen Struktur, wie es gerade für den Landkreis Celle nicht von der Hand zu weisen ist, müssen Veränderungen im Schulsystem angegangen werden. Ein Festhalten an einer zwei- oder dreiklassigen Schul-Klassen-Gesellschaft führt zu solch obskuren Planungen des Schulstrukturgutachtens und lässt Gesamtschulen unmöglich erscheinen, wenn sie nur als zusätzliches Angebot angeführt werden. Aber sie sind eine Alternative: Eine Gemeinde mit 10.000 Einwohner_innen bringt weit über hundert Schüler_innen pro Jahrgang auf, womit eine fünfzügige Gesamtschule (d.h. fünf Klassen pro Jahrgang) vor Ort in jeder Gemeinde und jedem Stadtteil möglich ist. Das spart Kindern, Eltern, Lehrer_innen, Kommunen und sogar der Verwaltung Zeit und Geld.

Und eins noch! Wir diskutieren doch nicht nur Schülerzahlen – allein im Bildungsbereich der Schule bewegen Inklusion, Migration, demografischer Wandel, Fachkräftemangel und vieles mehr das Alltagsgeschäft und die Planung für die Zukunft. Lasst uns unsere Schulen zu Sozialen Zentren im Quartiermanagement umbauen, zu Orten der Begegnung aller Bürger_innen in der Gemeinde.

Karikatur: Ernst Schröder





„Entschuldigung“

Wir sind von Lucas Rosenbaum darauf hingewiesen worden, dass die Gänsefüßchen, in die durchgängig die DDR in einem CZ-Artikel über die Ausstellung »DDR, Mythos und Wirklichkeit« gesetzt wurde, nicht von ihm stammen, sondern von der Redaktion hinein- "redigiert" wurden. Lucas Rosenbaum war deshalb - zu recht - einigermaßen angegriffen darüber, dass wir ihm diesen Retro-Antikommunismus zugeordnet haben. Ein Fehler in der letzten Ausgabe, der uns leid tut.



Juretzko Kandidatur

Im Westen der Republik gibt es bisher noch keinen Bürgermeister mit einem Parteibuch der »Linke«. Vielleicht wird dies am 11. September anders: Denn in Wietze tritt Norbert Juretzko zur Bürgermeisterwahl an. Der bisherige Amtsinhaber Wolfgang Klußmann (CDU) hat also mit einem kaum kalkulierbaren Faktor zu rechnen, während der SPD-Herausforderer Tobias Oehler seine Kandidatur eigentlich auch zurückziehen kann. Denn selbstverständlich dürfte sich die Entscheidung in Wietze auf die Frage zuspitzen: Für oder gegen den Schlachthof? Und darauf haben nun mal Klußmann als klarer Befürworter (»Sechser im Lotto mit Zusatzzahl«) und Juretzko als klarer Gegner – er ist Vorsitzender der Bürgerinitiative – die eindeutigen Antworten. Norbert Juretzko tritt allerdings an, ohne seine Parteimitgliedschaft oder seinen BI-Vorsitz ins Feld zu führen. Sicher eine kluge Entscheidung: Denn selbstverständlich wird er nicht (nur) gewählt, weil er Mitglied der »Linken« ist – und andererseits ist eine Bürgerinitiative überparteilich. Für ihn bringt es die Mü-

he mit sich, Unterstützer_innen-Unterschriften für die Kandidatur sammeln zu müssen. - Eine Stichwahl wird es in Wietze übrigens nicht mehr geben. Das geänderte Wahlgesetz sieht vor, dass Bürgermeister für 8 Jahre wird, wer im ersten Wahlgang die meisten Stimmen bekommt.

Die CZ kündigte die Kandidatur zwar groß an, beendete den Artikel aber mit einer Stichelei: „Einen Rückzieher will der smarte Politiker übrigens nicht mehr machen. Bei der Wiederholungswahl zum Wietzer Gemeinderat 2009 kandidierte er erfolgreich für die Linke. Das trockene Tagesgeschäft überließ er dann aber Sabri Kizilhan.“ So wird eine Entscheidung, die den Sinn hatte, die Integration der kurdischen Bevölkerung Wietzes zu fördern, in eine Art Bohème-Bequemlichkeit gewendet.

Kompetenzbündelung "Geothermie"

Im Mai wurde in Celle zum Forschungsthema "Geothermie" ein Rahmenvertrag zur Zusammenarbeit bei der Kompetenzbündelung unterzeichnet zwischen den Universitäten Braunschweig, Clausthal, Göttingen und Hannover, des Leibniz-Instituts für Angewandte Geophysik (LIAG) in Hannover sowie des GeoEnergy Celle e.V. Die wissenschaftliche Koordination übernimmt das Energie-Forschungszentrum Niedersachsen (EFZN) in Goslar. Ziel ist eine Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Aus- und Weiterbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit, um so die Geothermie schneller und intensiver am Markt durchzusetzen. Die Geothermie – so die Einschätzung der Partner – könnte als grundlastfähige Energie perspektivisch Kohle- und Atomkraftwerke ersetzen. Laut Vertrag stehen die technologische Entwicklung sowie die sichere und wirtschaftliche Nutzung der Geothermie im Mittelpunkt der Kooperation. Für die Finanzierung der jeweiligen Vorhaben ist jeder Partner selbst verantwortlich. (Quelle: <http://www.efzn.de>)

Metropolregion 100% erneuerbare Energie

Die Kommunen in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg haben auf ihrer Mitgliederversammlung im Mai in Celle einen ambitionierten energiepolitischen Beschluss gefasst. Das zentralniedersächsische Gebiet will bis zur Jahrhundertmitte den Energieverbrauch für Strom, Wärme und Verkehr vollständig aus erneuerbaren Energiequellen decken. Die urbanen und ländlichen Räume der von Nienburg bis zur hessischen Landesgrenze reichenden Metropolregion böten eine sehr gute Gebietskulisse für die modellhafte Umstellung der Energieversorgung. In der unterirdischen Energiespeicherung und in anderen Sektoren wie Bioenergie und Geothermie könne die Metropolregion eine Vorreiterrolle in Europa übernehmen. Raimund Nowak, Geschäftsführer der Metropolregion GmbH, sieht mit dem Beschluss eine gute Grundlage, die Region zur innovativsten Energieregion in Deutschland zu entwickeln; die Vernetzungsarbeit zur 100%-Region wird finanziell durch ein Bundesprogramm (MORO) unterstützt werden. (Quelle: <http://www.metropolregion.de>) In der verabschiedeten Erklärung heißt es u.a.: „Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn der Energieverbrauch deutlich reduziert wird. Ein wesentlicher Bestandteil der 100% -Strategie ist deshalb ein Energieeffizienzprogramm. Dieses Programm beinhaltet u.a. eine Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung, einen weiteren Ausbau der Energieeffizienzdienstleistungen und die Implementierung intelligenter Netze und Zähler. [...] Wir wollen die lokalen Potenziale der Wind-, Bio- und Sonnenenergie sowie die Wasserkraft und Geothermie konsequent nutzen. [...] Um das 100% -Ziel im Verkehrsbereich zu erreichen, ist ein allgemeiner Strategiewechsel in der Verkehrspolitik notwendig. Kernpunkte einer neuen Verkehrsstrategie sind u.a. der Einsatz effizienterer Antriebstechnologien, die stärkere Nutzung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs sowie die Verlagerung von Transportleistungen auf die Schiene.“

Bioenergiedorf Ahsbeck

Die Gemeinde Ahsbeck will sich für die Planung von Windkraftanlagen öffnen. Für einen Windpark mit 12 Anlagen gibt es Investoren. Zur Realisierung muss allerdings der Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Lachendorf geändert werden; bisher arbeitet die Samtgemeinde hinsichtlich der Installation von Windenergie mit Vorrangflächen, so dass ausschließlich das Gebiet Schmarloh für Windkraftanlagen ausgewiesen ist.



Blut an euren Händen

Über Pfingsten wurden im Wietzer Rathaus ein Fensterglas und die Scheibe der Eingangstür eingeworfen. Daneben prangerte in gut lesbarem Rot der Satz »Blut an euren Händen«. Zeitparallel liefen in Wietze Aktionstage von »antiindustryfarm.blogspot.de«.

Tierschutz? Keine Ahnung!

Sichtlich überfordert zeigte sich die Landkreisverwaltung beim Erörterungstermin zum »Maststallprojekt Bock« in Langlingen. Gut vorbereitet nahmen rund 70 Einwander_innen an der Veranstaltung Mitte Juni teil. Schon bei der Frage der Emissionen aus den geplanten zwei Mastställen mit 82.000 Tieren gab es deutlichen Widerspruch zur Genehmigungsfähigkeit. Hier aber konnten sich die Landkreisexperten fachlich sauber hinter den bestehenden Gesetzesgrundlagen verschanzen. Zur Farce wurde die Anhörung zum Punkt »Tierschutz/Verbraucherschutz«. Die Amtstierärztin Dr. Kimmel-Brandes ging im Grunde auf keine der kritischen Fragen und Anmerkungen ein. Was sie vorzutragen wusste, waren ein-

zig ihre Praxiserfahrungen mit den bisher im Landkreis vorhandenen Mastgeflügelhaltungen. Auf dieser bisher ja noch dünnen Basis aber lässt sich eine halbwegs seriöse Diskussion nicht führen. Der Landkreis zeigte sich so in Tier- und Verbraucherschutzfragen gänzlich überfordert. Aber auch beim Vortrag der Genehmigungsbehörde zu anderen Aspekten stand die »interessengeleitete Erkenntnisgewinnung« (so ein Einwander) sichtbar im Vordergrund; kein Wunder, bei einem Landrat, der die bevorstehende »Emslandisierung« seines Beritts als »Lottogewinn« ansieht.

Flüchtlingslager Meinersen

Auf nur geringes Interesse stieß eine Veranstaltung zur Situation im Flüchtlingslager Meinersen im Juni im Bunten Haus. Seit mehreren Monaten fordern die Flüchtlinge aus dem Lager im Landkreis Gifhorn eine Veränderung ihrer unerträglichen Wohn- und Lebenssituation. Am 1. März 2011 setzte ein dort untergebrachter nepalesischer Flüchtling seinem Leben ein Ende, nachdem er von der Ausländerbehörde in Gifhorn erfahren hatte, dass ihm die Abschiebung aus Deutschland bevorstehe. Nurjana Islamova, eine 20-jährige Flüchtlingsfrau, berichtete im Bunten Haus über die Schikanen von Ausländerbehörde und Heimleitung. Trotz diverser Protestaktionen und trotz des Suizids hat sich daran bisher nichts geändert. Ein Interview mit Nurjana findet sich unter <http://www.thecaravan.org/node/2796> - mehr Infos gibt es in der Kampagnenzeitung »Break the isolation«, die im Bunten Haus ausliegt.

Seidensticker in Berlin

Der ehemals in Hambühren (hyper-)aktive »Pro-Deutschland«-Politiker Lars Seidensticker ist nach seinem Umzug in den Osten jetzt im April zum Berliner Landesvorsitzenden gewählt worden. Die Chancen der Rechtspopulisten bei den anstehenden Hauptstadtwahlen dürften damit gen Null tendieren. Schön für »Deutschland«!

Ostumgehung

Noch bis zum 6. Juli liegen im Celler Rathaus die geänderten Ostumgehungsunterlagen aus. Die Planer hoffen, durch eine sog. »Abweichungsprüfung« die Planungsunterlagen so weit zu verbessern, dass diese bei Gericht Bestand haben. Allerdings wird bei den gut 170 Seiten der geänderten FFH-Verträglichkeitsprüfung deutlich, dass die Planer nur mit einer ungeheuer großen Anzahl von Maßnahmen eine Ausnahmeregelung von den Verbotsstatbeständen erreichen wollen. Die neueste Maßnahme (A50) sagt z.B. aus, dass einem Waldstück im Finkenherd (südlich Lachtehausen) alle Fichten »entnommen« (= gefällt) werden sollen und die Fläche dann aufgeforstet werden soll mit Stiel-Eichen (diese sollen dauerhaft mindestens 50 % der Gehölze auf dieser Fläche ausmachen). Dass man sich diese und weitere Maßnahmen ausgedacht hat, zeigt, dass die bisherigen Planungen nicht »gerichts-fest« waren, sondern nun – wegen strenger Naturschutz-Auflagen - nochmals verbessert werden mussten. Die Planer behaupten übrigens nach wie vor, dass die Celler Innenstadt durch 28.000 Autos täglich entlastet würde und sie verschweigen dabei, dass von dieser Zahl die Kreisstraßen-K74-Fahrzeuge subtrahiert werden müssen, da zukünftig die K 74 (Altencelle-Lachtehausen) dicht gemacht wird. Damit bleibt von der behaupteten Entlastung kaum mehr als die Hälfte.

Briten gehen

Schon in gut einem Jahr werden die in Celle stationierten britischen Truppen endgültig die Stadt verlassen. Was für Antimilitarist_innen ein Grund zur Freude ist, wird im Rathaus selbstverständlich bejammert. Denn so hat man an der Hohen Wende eine Freifläche, für die es bisher keine Pläne gibt. – Das 2. Bataillon der Royal Fusiliers war zuletzt vor allem im Irak »tätig«, aus Celle wird es im August 2012 nach Zypern verlegt. Einen Nachzug anderer Einsatzgruppen nach Celle wird es nicht geben.



Erfolg für Linksblock in Batman

Mit 113.993 Stimmen (= 51 %) hat der »Linksblock« bei den türkischen Parlamentswahlen im Juni in der kurdischen Stadt Batman einen großen Erfolg erzielt. Als direkt gewählte Abgeordnete werden Ayla Akat Ata und Bengi Yildiz im Parlament vertreten sein. Die Regierungspartei AKP stagniert in Batman bei 36,9 %; die Kemalistischen Sozialdemokraten (CHP) landeten weit abgeschlagen bei 6,5%. Aus der Region Batman stammen viele der in Celle lebenden kurdischen Familien; zuletzt hatte eine Delegation aus Celle Kontakt zu Institutionen und Vereinen der Stadt aufgenommen.

Trotz allen Repressalien, der Inhaftierung von über 3.000 Politiker_innen und den Schwierigkeiten des Wahlgesetzes ging das Linksbündnis in fast allen kurdischen Wahlbezirken als Siegerin hervor. Insgesamt ist es mit 36 Abgeordneten im Parlament vertreten; von 2007 an war die prokurdische DTP (nach dessen Verbot BDP) mit 20 Abgeordneten im Parlament. Der im April offiziell gegründete »Wahlblock für Arbeit, Demokratie und Freiheit« stellt ein breites Bündnis linker Gruppen und Parteien unter Führung der prokurdischen BDP dar.

Unter den gewählten Kandidat_innen des Linksbündnisses sind 6 noch inhaftiert, sie wurden also aus dem Gefängnis heraus gewählt. Ferner sind 11 von ihnen Frauen. Paul Stern (Runder Tisch Batman-Celle) kommentiert das Wahlergebnis so: *„Bei unserem Besuch im März 2011 in Batman wurde in vielen Gesprächen deutlich, welche Bedeutung diese Wahl haben wird. Die Menschen in Batman erkämpften sich durch große zivilgesellschaftliche Mobilisierungen dieses glänzende Wahlergebnis. Ich wünsche Ayla Akat Ata und Bengi Yildiz viel Erfolg in ihrer Parlamentsarbeit und freue mich schon auf einen Besuch der beiden Abgeordneten in Celle.“*



PPP mit Problemen?

In einer Sondersitzung am 6. Juli will/soll der Stadtrat grünes Licht für eine Realisierung des Neubaus der Feuerwehrhauptwache als PPP-Projekt geben. Ein klein bisschen durcheinander geraten war der Zeitplan zuletzt durch eine zusätzliche »Einschätzung« der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch den Berliner Sachverständigen für öffentliche Infrastruktur, Robert Kösling. Durch diese von OB Mende angeforderte Stellungnahme geraten einige Annahmen erheblich in Zweifel. Dennoch will die Verwaltungsspitze das Projekt im »Public Private Partnership«-Verfahren.

Die VBD-Beratungsgesellschaft hatte in Begleitung des Ausschreibungsprozesses am Ende einen Wirtschaftlichkeitsvorteil des PPP gegenüber einem Bau in städtischer Regie von über 8,6 % prognostiziert. Kösling sieht diese Wirtschaftlichkeitsuntersuchung „kritisch“. Ihm erschließt sich scheinbar nicht, wie PPP zu den deutlich geringeren Baukosten kommen soll – und er äußert Zweifel an den angenommenen Baukostenvorteilen. Kurz gesagt: Dahinter steckt die Annahme, die VBD-Beratungsgesellschaft habe die Möglichkeiten der Stadt schlicht und einfach schlecht gerechnet. Was nicht erstaunlich wäre. Denn: Die Beratungsgesellschaft steckt fest im PPP-Geschäft – warum sollte sie ihr Geschäftsmodell torpedieren?

Ganz offensichtlich gibt es diverse offene Fragen. Wenn sich im Stadtrat am

6. Juli eine Mehrheit für PPP findet, müssen sich die beschließenden Ratsmitglieder den Vorwurf eine leichtfertigen Entscheidung gefallen lassen.

Ausstellung über Jugendkonzentrationslager

„Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“ – so der Titel der Ausstellung über die Jugendkonzentrationslager Moringen und Uckermark 1940 – 1945, die vom 3. Juli bis 23. September 2011 in der Synagoge zu sehen ist. Aufgrund politischer, religiöser, rassischer und vor allem sozialer Verfolgung wurden Mädchen in Uckermark und Jungen in Moringen als sogenannte »Gemeinschaftsfremde« inhaftiert. Im Alter von 10 bis 25 Jahren waren dabei nahezu 3.000 Kinder und Jugendliche aus ihren Lebenszusammenhängen gerissen, dem SS-Terror, der kriminalbiologischen Selektion und Zwangsarbeit ausgesetzt worden. - Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörten beide Lager zu den „verschwiegenen Kapiteln“ in der Öffentlichkeit und in den jeweiligen Stadtgeschichten von Moringen und Fürstenbergs. Die Ausstellung zeichnet das Verdrängen und Vergessen nach. Sie zeigt aber auch, was nach 1945 mit den Opfern und den Tätern geschah.

Kursbarometer

Bekanntlich verfügt die Stadt Celle durch den Verkauf der Stadtwerke über ein nicht unbeachtliches Aktienvermögen, das u.a. die an der Börse gehandelte e.on-Aktie enthält – und zwar 2.792.697 davon. Mit unten stehendem Kursbarometer wird deutlich, wie viel Kohle die Stadt auf der hohen Kante hat – und was deshalb ihre Knausrigkeit an der einen oder anderen Stelle bedeutet. Und wir zeigen damit, wie viel Geld Verwaltung und Rat seit dem 10.1.2008 (dem Allzeithoch der Aktie) verzockt haben - im Juni war die 90 Millionen-Grenze gefallen.

Die e.on-Aktien der Stadt Celle – das „revista“-Kursbarometer am 23.06.2011:

Allzeithoch: 51,34 EUR (10.01.2008)	Höchstwert:	143.377.063,98 EUR
Tageshoch: 19,11 EUR (23.06.2011)	Aktueller Wert:	53.368.439,67 EUR
Verlust: 32,23 EUR	Verlust:	90.008.624,31 EUR

Breites Bündnis gegen Neonazis

Seit Jahren sind die jährlichen Sonnwendfeiern bei Nahtz ein Anlaufpunkt der Naziszene aus ganz Norddeutschland, Jung und Alt trifft sich auf dem maroden Hof, um gemeinsam zu feiern und sich zu vernetzen.

Nachdem letzten Winter keine Sonnwendfeier stattfand und sich zum Jahresende die Celler Kameradschaft 73 auflöste, aber sofort eine neue Gruppe »Freie Kräfte Celle« bildete, war die diesjährige Sonnwendfeier aus Antifa-Sicht recht interessant. War noch die K73 sehr aktiv an der Gestaltung der »Feiern« bei Nahtz, so war unklar, ob die neue Gruppe sich an solch Brauchtumsfeiern beteiligt oder sich weiterhin dem eher jugendlichen Lifestyle hingibt.

Der Sommeranfang ist damit auch immer fester Termin für die Gegner_innen der Nazitreffen. Diesmal hatte der Escheder Arbeitskreis, der sich von »AK gegen Extremismus« in »AK für Demokratie und Menschenrechte« umbenannt hat, die Gegendemonstrationen angemeldet. Da lange Zeit unklar war, wann die Nazis feiern, wurde sowohl für den 18. als auch für den 25. Juni eine Demo angemeldet. Eine völlig neue Situation war, dass den Aufruf für die Demos über 30 Gruppen und Einzelpersonen unterzeichneten, regionale Bündnisse gegen Rechts, Antifagruppen, Parteien, Kirchen, Gewerkschaft, VVN und Attac sowie einige Einzelpersonen. Ein weiteres Novum war, dass der Auflagenbescheid, den der Landkreis erlassen hatte, längst nicht so umfangreich war, wie in Eschede sonst üblich - sogar die Route wurde nicht eingeschränkt.

Anfang Juni war eine Gruppe Neonazis auf dem Hof Nahtz anwesend und räumte dort auf, nach deren eigenen Angaben für die Sommersonnwendfeier am 25.06.

Diese Info deckte sich mit Einschätzungen der Antifa, so dass das Hauptaugenmerk auf die Demo am 25. Juni gelegt wurde. Am 21. Juni lud dann noch die NPD Lüneburg zur Sonnwendfeier am 25. Juni ein.

Die Demo am 18. war dann sozusagen das »warmup« für das folgende Wochenende. Ca. 80 Nazigegner_innen zogen durch Eschede; es wurden Redebeiträge gehalten, die über das Treiben bei Nahtz aufklärten, der historische Bezug zur NS-Zeit wurde erläutert und neben anderen Themen wurde auch wieder auf die Tötung von Peter Deutschmann im Jahr 1999 durch zwei Escheder Neonazis hingewiesen und das Mahnmal eingefordert. Und es wurde für den 25. Juni mobilisiert.

Diesem Aufruf folgten dann auch gut 100 Menschen, wobei der Streik der Lokomotivführer_innen der Mobilisierung organisierter Antifa-Gruppen aus Niedersachsen allerdings einen Strich durch die Rechnung machte. Da mehrere Züge nicht nach Eschede fuhren, konnten rund 150 Antifas nicht anreisen. Auch wenn dies ärgerlich war, so ist der Streik der GDL legitim und die Forderungen unterstützenswert. Die Teilnehmer_innen kamen zum größten Teil aus dem Landkreis Celle. Auffallend war diesmal, dass wesentlich mehr Menschen aus Eschede dazu kamen. Hier ist das gemeinsame Bündnis auf dem richtigen Weg.

Für dieses Jahr hatten sich die Versammlungsbehörde und die Polizei für den Demoverlauf etwas Neues ausgedacht. Sie wollten die Landesstraße am Nachmittag komplett sperren und nur die Demo in den Bereich lassen. Dagegen klagte allerdings der Nazi Marcus Winter aus Minden, und so wurde die Demo zwischen 14.30 und 16 Uhr wieder von der Landesstraße verbannt. Jetzt



sollten die Nazis in diesem Zeitraum zu ihrer Veranstaltung anreisen dürfen. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Lüneburg schränkte somit das Versammlungsrecht zugunsten der Nazis ein. Allerdings zeigte sich am Nachmittag, dass es Marcus Winter nicht um die Anreise seiner braunen Kameraden ging, sondern nur um eine Behinderung der Demonstration gegen die Nazis. Zwischen 14.30 und 16 Uhr kamen dort nur fünf Fahrzeuge mit Nazis an. Der Großteil der Neonazis reiste erst am frühen Abend an. Somit diente die Klage und die Entscheidung des VG Lüneburg nur dazu, die Demo zu blockieren. Die Polizei musste die Demo deshalb bis 16 Uhr auf der Zufahrtsstraße zur Landesstraße aufhalten, obwohl es keinen Anreiseverkehr durch Nazis gab. - Erst nach 16 Uhr ging es dann weiter und die Demo zog zur Kreuzung Hermannsburger Straße / Zum Finkenberg. Dort hatte die Polizei die Straße mit »Hamburger Gittern« verengt und den Zugang zum Zufahrtsweg zum Hof Nahtz abgeriegelt. Außerhalb der Ortschaft aber auf der Landesstraße fand dann eine Kundgebung statt.

An der Veranstaltung der Nazis bei Nahtz beteiligten sich rund 150 Personen, von denen mehrere ihre Kinder mitbrachten. Wegen der Straßensperrung begann die Veranstaltung diesmal erst am späten Nachmittag und das Programm musste im Schnelldurchlauf durchgeführt werden. So vertrieben sich einige Nazis mit Sackhüpfen, Tauziehen und peinlichen Männlichkeitsritualen die Zeit.

Noch im Hellen wurde das Sonnenwendfeuer entzündet. Diesmal bestand es aus mehreren kleinen Feuern, da durch eine neue Gemeindeverordnung das Abbrennen von großen Feuern untersagt wurde.

Die Nazis waren aus mehreren Bundesländern angereist; etwa 25 Personen bewachten schon ab Freitag an den Hof.

Zwischenzeitlich bestand die Befürchtung, dass an diesem Abend in Eschede noch ein Rechtsrockkonzert mit der Naziband »Kategorie C« stattfinden könnte. Dieses sollte ursprünglich in Wunstorf über die Bühne gegen, wurde aber auf Grund von Protesten abgesagt. Organisator dieses Konzerts war auch Markus Winter und da dieser sich in Eschede juristisch für die »Freie Fahrt für Nazis« stark machte, bestand der Verdacht, dass er auch das Konzert nach Eschede verlegen könnte. Dies hat sich dann aber letztlich anders entwickelt.

Die rechte Szene hatte einen sogenannten Schleunungspunkt an der Autobahnraststätte Allertal eingerichtet. Von dort sollte es in Kolonne nach Stuckenborstel bei Bremen zum Konzert gehen. So wollte man ein Einschreiten der Polizei verhindern. Doch die Beamten waren schneller. Sie hatten herausgefunden, dass das Konzert dort in einer Gaststätte stattfinden sollte. Der Auftritt wurde untersagt und das Konzert verhindert, da die Veranstalter keine ordnungsgemäße Genehmigung vorlegen konnten.

Auch wenn in Eschede die Teilnehmer_innenzahl der Demonstration gegen die Nazitreffen hinter den Erwartungen geblieben ist, was ungewollt am Streik der GDL lag, wurde dennoch eine Basis für zukünftige Aktionen in Eschede gelegt. In diesem Jahr finden voraussichtlich noch zwei weitere Nazitreffen dort statt. Auch hier wird es dann wieder antifaschistische Aktionen geben.

HellsAngels-security

kloppt Celler Ultras

Beim Bezirksliga-Spiel TuS Celle gegen Germania Walsrode in Celle hatten Walsrode Fans die TuS-Anhänger provoziert. Deshalb waren die »Germanen« vor dem Rückspiel am 29. April in Walsrode vorgewarnt und engagierten zusätzlich zur Polizei die GAB-security. Das nun ist nicht irgendeine Sicherheitsfirma. Firmeninhaber sind Hannovers Rotlicht-König und Hells Angels-Chef Frank Hanebuth und der Hells Angels-Finanzchef Wolfgang Heer aus Walsrode.

Unter den Fans beider Mannschaften herrschte dann auch die befürchtete Stimmung. Die Celler Ultras zerstörten z.B. Bandenwerbung. Kurz vor Spielende ließ der Einsatzleiter des Sicherheitsdienstes, Wolfgang Heer persönlich, die Celler Ultras von seinen schwarzen Security-Leuten aus dem Stadion räumen. Das machten Heers Leute auf eine so brutale Weise, dass gegen mindestens sechs Sicherheitsleute Strafanzeigen erstattet wurden. Die Stadt Walsrode untersucht nun, ob die eingesetzten Personen überhaupt Sicherheitsleute sein dürfen. Denn darunter sind Schlägertypen, wie der reichlich vorbestrafte Nazi Volker Sonnemann. Nazis soll es auch auf Seiten der Celler Ultras geben, so u.a. der einschlägig vorbestrafte NPD-Landtagskandidat Roman Greifenstein aus Munster. Und unter den Germania-Fans gibt's eben auch Nazis.

Wolfgang Heer und die Hells Angels sind seit über einem Jahr Dauerthema in überregionalen Medien. Die Familie Heer verdient ihr Geld mit stationärer Prostitution in mehreren Städten und zahlreichen »ambulanten Tänzerinnen« - wie die Reisemobile mit den roten Herzen der Firma Heer an Straßenrändern genannt werden. Zum Imperium gehören: Sportzentrum, Friseursalon, GAB-security, Colosseum Bowling etc.. Viele Geschäftsleute und soziale Gruppen sind darüber ganz zufrieden, denn Heer bedenkt sie mit Aufträgen und Spenden. Einzig die Bündnisgrünen und Leute aus Gewerkschaften thematisieren das Eindringen der Hells Angels in die Gesellschaft öffentlich. Der Stadtrat dagegen sorgt sich mehrheitlich einzig um den guten Ruf der Stadt, der durch Berichte überregionaler Medien Schaden nehmen würde. Während die Walsroder Zeitung für Heer, Germania und das Rathaus Hofberichterstattung macht, werden einem Rats Herrn der Bündnisgrünen schon mal zwei Autos zerstört.

Red Devils, Supporter-Clubs der Hells Angels, haben sich in Niedersachsen in den letzten zwei Jahren reichlich vermehrt. Der Walsroder RD-Club in einem ehemaligen Nachtklokal von Heer wurde mit einem halbseitigen Inserat in der WZ angekündigt. In Celle wehrt sich das Rathaus mit baurechtlichen Mitteln, so dass die Red Devils ihre Clubräume in der »Neustadt« (noch) nicht nutzen können.

heide bote

Politik ohne Programm

Am 11. September sind Kommunalwahlen in Niedersachsen. Ein kurzer, kaum vierwöchiger Wahlkampf steht nach den Sommerferien an. Doch was unterscheidet eigentlich die Parteien? Hilft noch der Blick in die Kommunalwahlprogramme? Wesentliche Entscheidungen werden aktuell gerade getroffen, ohne dass die Wähler_innen vor fünf Jahren dazu eine Entscheidungshilfe bekommen hätten. Konkret hatte sich da nämlich niemand zu Schulstruktur, zur Rekommunalisierung der Energiepolitik oder zur Industrialisierung der Landwirtschaft geäußert. Und jetzt sollen alle diese wichtigen Entscheidungen noch vor der Wahl »abgearbeitet« werden. Die einzigen Parteien, die in diesen Fragen programmatisch erkennbar waren, sind Bündnisgrüne und LINKE. Für beide könnte sich dies in einem Zuwachs an Stimmen ausdrücken, wobei der Bundestrend wohl nur ersteren auch einen Zuwachs an Sitzen bringen wird. CDU und SPD sind in Stadt und Landkreis Celle programmatisch kaum noch unterscheidbar.

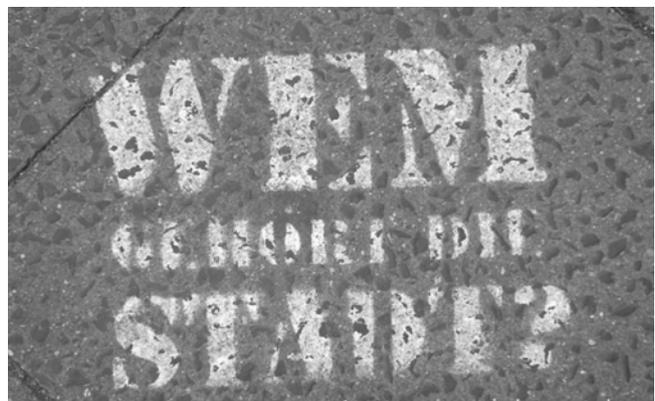
»Celle schafft Fakten« lautet das Motto des Programms der SPD-Stadt. Die Wahl von Dirk-Ulrich Mende zum OB hat der Partei ein bisschen den Realitätssinn vernebelt. Mit der aktuell kleinsten Fraktion der Nachkriegsgeschichte tut die SPD so, als habe sie in Celle das Sagen. Und deshalb ist – glaubt mensch dem Programm – seit kurzem alles Gute auf ihrem Mist gewachsen. Der Begriff »Programm« taugt aber nicht wirklich, vielmehr liegt auf den Wahlkampfständen eine Celle-Werbebrochure aus, die aus kaum mehr besteht als unverbindlichen »Leitbild«-Phrasen. Es gibt keine Analyse z.B. der sozialen und demografischen Probleme, und so gibt es auch keine Ziele, die sich anders ausdrücken können als: *„Wir fördern aktiv die soziale Gerechtigkeit in der Stadt.“* Super – aber wie? Antworten bleibt die SPD hier, wie bei fast jeder anderen Frage schuldig. Es ist die Art, wie früher die CDU mit ihren absoluten Mehrheiten meinte, für sich werben zu können: »Es ist gut leben im Celler Land«, illustriert mit vielen bunten Bildern. - Die CDU hat bis zu unserem Redaktionsschluss noch kein Programm für die Stadt vorgelegt – aber warum auch? Sie könnte der Einfachheit halber das der SPD nehmen, wenn sie ein paar Bilder austauscht: Schmidt statt Mende, Gevers statt Rejmann – niemand würde es merken.

Von der CDU gibt es aber Aussagen zur Kreisebene. Dahinter immerhin steckt in Teilen noch »Weltanschauung«. So gibt es ein klares Statement zum Modell der »Oberschulen«, was vor allem heißt zur »Zwei-Klassen-Bildung«. Angesichts der Tatsache, dass Landrat Wiswe ein Energie-Dinosaurier ist, wird sich an ihm

noch erweisen müssen, ob die CDU tatsächlich im Kreistag den von ihr gewünschten »Energie-Ausschuss« bekommt. Eigentlich eine gute Idee – nur wozu? Um einmal im Jahr gebündelt die Anträge von Grünen und LINKEN zu Klimaschutz und Energie abzulehnen?

Zur Landwirtschaft findet sich eine herrlich verlogene Passage, die vor der Komplexität dann auch sprachlich scheitert: *„Wir wollen unsere einzigartige Natur und unsere durch die Landwirtschaft geprägte Kulturlandschaft erhalten. Dazu gehören ebenso Natur- und Landschaftsschutz wie die Existenzsicherung für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Wir treten für eine bäuerliche Landwirtschaft ein, die den Erhalt unserer landwirtschaftlichen Familienbetriebe bedingt mit Entwicklungsmöglichkeiten, die im Einklang mit der Natur und dem gesellschaftlichen Umfeld stehen.“* Im »bedingt« drückt sich die ganze Hilflosigkeit der CDU aus, die Realität ihrer Politik mit ihrem Heimatgetue in Einklang zu bringen.

Ansonsten ist auch die CDU weltmeisterlich in der Verdrängung von Zukunftsproblemen: Der Begriff »Klima« taucht genauso wenig auf wie das Problem der »Alterung der Gesellschaft«. Und so bleibt es, wie es immer war. Die CDU sollen wir wählen, weil ihre Kandidaten sind: *„Nachbarn, denen Sie vertrauen können“*.



Das Programm der Bündnisgrünen für die Stadt zeigt, dass sie nicht ganz zu Unrecht im Trend liegen. Die »idealtypische« Facharbeiter- oder Angestelltenfamilie wird sich mit ihren Ansprüchen an die Zukunft bei der Partei wiederfinden. Die Mit-Verantwortlichkeit der Grünen für Afghanistan, Hartz IV und AKW-Laufzeiten bis 2022 verschwindet hier vor Ort hinter ihren teilweise akzentuierten Positionsbestimmungen. Dazu gehören Ansätze einer lokalen Klimaschutzpolitik genauso wie die Ablehnung der Emslandisierung der Region, das Eintreten für eine IGS genauso wie die Forderung einer Veränderung der Mobilitätsangebote. Interessant ist eher, was fehlt: Keine Position zu PPP, keine Bemerkung zu Gewerbe- und Grundsteuer.

Mit den UNABHÄNGIGEN gibt es einen neuen Faktor im kommunalpolitischen Geschäft. Die CDU-Abspaltung ist hervorgegangen aus dem Stammtisch zur Rettung der Ehre des SS-Offiziers Helmuth Hörstmann. Und mit dem Beitritt von Frank Pillibet in die Stadtratsfraktion, schien klar: Das wird ein rechtspopulistischer Wahlverein, in dem vor allem Narzissmus & Neurosen gepflegt werden. Aber bekanntermaßen finden auch blinde Hühner mal ein Korn – bei den »Unabhängigen« ist's die Frage PublicPrivatPartnership. Wie sie da ihre Ablehnung argumentativ vorbringen, hat Hand und Fuß. Und auch, wie sie in ihren »Leitlinien« - konkretisiert an Beispielen - mehr Bürgerbeteiligung fordern, klingt »fortschrittlich«. Aber selbstverständlich wollen Rechtspopulisten die Bürgerbefragungen nicht, um den Bürger zu ermächtigen, sondern in der Hoffnung er würde so schon sie ermächtigen (d.h. ihre politischen Ziele). Und es ist denkbar, dass eine Mehrheit die Helmuth-Hörstmann-Straße gern behalten hätte. Und es ist wahrscheinlich, dass sich eine breite Mehrheit für den Erhalt der kostenlosen Parkplätze auf dem Schützenplatz finden würde. Und wenn man das „Ende der Stadtpolitik hinter verschlossener Tür“ will, ist das zwar richtig, bedient am Ende vor allem das Ressentiment gegen »die da oben«. Hier und da wird aber erkennbar, für welche Interessen bei den »Unabhängigen« stehen: So wollen sie nicht, „*das Handel und Gewerbe mit höheren Gewerbesteuern verunsichert werden*“ Verunsichert? Wunderbar.

Wer kann mit wem, könnten wir uns jetzt noch fragen? Im Kreistag gibt es wirklich nur eine kleine Opposition gegen Landrat Wiswes Kurs: Ob Schlachthof, Oberschule oder SVO-Deal – immer ist die SPD dabei (eine löbliche Ausnahme: sie verweigerte, dass der Landrat auch noch die Arbeitsagentur unter seine Fuchtel kriegt). Mit CDU, FDP, WG und SPD ist Wiswes »Koalition« fast größer als die Weigerung der Kreistagsmitglieder, Zukunftsprobleme mal ernsthaft zu diskutieren. Grüne und LINKE könnten aber vielleicht gestärkt und mit teilweise frischem Personal ruhig mal etwas aggressiver agieren.

In der Stadt ist es nur wenig komplizierter. OB Mende kann sich in den meisten Fragen auf die Unterstützung durch CDU und SPD verlassen, auch wenn es sich angesichts der beiden Parteien drohenden Verluste längst nicht mehr um eine »große« Koalition handeln dürfte.

Recht auf Stadt



Interview mit Paul Stern

Linke Kräfte bündeln

?? *Wir kennen dich als Bewegungsaktivisten - bist du jetzt Mitglied der Linkspartei?*

!!: Nein!

??: *Und warum kandidierst du für die Linke?*

!!: Das hat einen ganz pragmatischen Grund, nämlich den, unterschiedliche Milieus in Celle stärker zu vernetzen.

??: *Klappt die Vernetzung denn nicht bisher?*

!!: Nur völlig unbefriedigend. Beispiel ist die Kampagne gegen das PPP-Projekt Neue Feuerwehrhauptwache. Trotz guter Beschlusslage bei ver.di, einer engagierten Kampagne von attac und Initiativen der LINKEN im Rat kam da kein richtiger Schwung rein.

??: *Woran lag es?*

!!: Es wurde nicht koordiniert gearbeitet. Meines Erachtens wäre es Aufgabe der LINKEN im Rat gewesen, alle Kräfte gegen das Projekt zu bündeln. Bei kommunalpolitischen Themen haben die Ratsvertreter_innen Informationsvorteile und wären deshalb verpflichtet, langfristige Planungen anzuschieben.

??: *Was wären deine Schwerpunkte in der Ratsarbeit ?*

!!: Kampf dem Sozialabbau und der Privatisierung auf allen Ebenen, Energiedemokratie und Entfaltung und Ausbau der Integrationsarbeit. Und natürlich Städtepartnerschaft mit Batman.

??: *Warum bist du nicht Parteimitglied?*

Das Profil der Partei DIE LINKE ist nicht das Profil der Linken in der BRD. Es ist noch nicht absehbar, ob DIE LINKE nicht 2013 wegen einer möglichen Regierungsbeteiligung wesentliche Inhalte über Bord wirft. Die Entwicklung in den sogenannten neuen Bundesländern, speziell Berlin und Brandenburg, spricht Bände. Andererseits machen die Leute in NRW ihren Job ganz gut. - Neue Projekte wie die *Interventionistische Linke* sind spannend und eventuell ausbaufähig. Insgesamt wird es in den nächsten Jahren zu einer Umgruppierung innerhalb der Linken kommen. Wie das organisatorisch aussieht, vermag ich nicht zu sagen. Die Heterogenität der antikapitalistischen Linken sollte sich aber auch in kommunalen Wahlbündnissen widerspiegeln.

?? *Kandidieren noch andere Parteilose auf der Liste ?*

!!: Aber hallo. Insbesondere Mitbürger_innen mit kurdischem Migrationshintergrund, weiter Attacies und Gewerkschaftsaktivist_innen.

„Solidarität statt Spaltung“

Das Wahlprogramm der Partei Die LINKE zu den Kommunalwahlen steht unter dem Motto: „Der Landkreis Celle ist unser Zuhause - Solidarität statt Spaltung“. So ist es auch, das gut 40 Seiten starke Teil: nett, sympathisch, schwiegersohnmäßig und ein wenig langweilig. Wenig Biss. Man muss sich zwingen, es bis zum Ende zu lesen.

Der Kreisverband nimmt das Rahmenwahlprogramm des Landesverbandes als eine Art Matrix für Celle. Das kann man/frau machen, und andere Parteien machen es auch. Das birgt aber die Gefahr, dass Vieles aufgeführt wird, was kaum einen konkreten kommunalen Bezug hat. Viele, viele gute Forderungen werden aufgestellt: kostenfreie Kitas, Familien- und Jugendzentren, Selbstverwaltung, Ganztagschulen und IGS, kostenfreies Mittagessen, Mindestlohn von 10 Euro, Abschaffung der Ein-Euro-Jobs, Gründer_innenzentren, Konversionszentrum, Ausstieg aus der Atomenergie, 100% erneuerbare Energie (Strom) bis zum Jahr 2020 usw. Könnte davon auch nur die Hälfte umgesetzt werden, würde die Stadt und der Landkreis entschieden gerechter, sozialer und ökologischer sein.



In all diesen Punkten war die LINKE auch in den letzten Jahren aktiv. Schwerpunkte zu setzen, ist sinnvoll und hätte dem Rest des Programms auch gutgetan. Andere Schwerpunkte der Kommunalpolitik – Stichworte Ostumgehung, Allerinsel, Entwicklung der Innenstadt, Millionengrab Städtische Union – tauchen im Programm der Linken (Stand 20.06.2011) nicht auf. Vergessen? Einfach ärgerlich!

Erfreulich ist es, dass etliche Personen aus der kurdischen Community die Wahlliste der LINKEN unterstützen, auch durch eigene Kandidatur. Umso erstaunlicher ist es, dass ihre Anliegen kaum sichtbar werden. Im Wahlprogramm heißt es: „[...] selbst bei gleicher schulischer Leistung ist die Chance für ein Kind aus einem Akademikerhaushalt 5,8 mal so groß auf ein Gymnasium zu gehen, wie für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Deshalb finden wir an Gymnasien nur 4,4 % Kinder aus Harz IV Familien, während ihr Anteil an Hauptschulen 28,1 % und an Förderschulen sogar 43,8 % beträgt.“ Bei den Kindern mit kurdischem Hintergrund wird diese schreiende Ungerechtigkeit mindestens genauso schlimm sein.

Hier gäbe es eine große Aufgabe für die LINKE, wo auch um Mehrheiten gekämpft werden könnte: Schulabschluss für jedes Kind! Mindestens 40 % mit Gymnasialabschluss, selbstverständlich aus allen Bevölkerungsschichten. Das als Ziel für die nächsten 10 Jahre, das wäre doch was.

Im Internet gibt es das Programm zum download unter www.dielinke-celle.de/fileadmin/kreise/celle/dateien/Wahlprogramm_Die_Linke_KV_Celle_V5_1.pdf

Zum Abschluss haben wir auch noch etwas aus dem Kuriositätenkabinett. Das »Bündnis Soziale Gerechtigkeit« (BSG) bildet zur Zeit mit der LINKEN im Stadtrat und im Kreistag eine gemeinsame Fraktion. Zur Kommunalwahl möchte das BSG aktuell in der Stadt »parallel« zur LINKEN kandidieren, im Landkreis dagegen gemeinsam. Das BSG meint, das würde mehr Stimmen einbringen. Wollen wir hoffen, dass das wenigstens bei der CDU und ihrem Spaltprodukt DIE UNABHÄNGIGEN nicht zutrifft.

Die LINKE setzt im Vorspann vier Schwerpunkte:

- Keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Energie, Wasserversorgung, Bildung, usw. Rekommunalisierung der SVO, um diese ökologisch und dezentral auszurichten. Der öffentliche Nahverkehr soll zurück in die öffentliche Hand - wie dem Schwund an Benutzer_innen entgegengewirkt werden soll, erfahren wir nicht. (Vorschlag: Jede_r, die oder der den eigenen PKW abmeldet, erhält eine Jahreskarte für den Bus zum Spottpreis und einen »Ökobutton«.)
- Klare Positionierung gegen Hartz IV, Einführung eines Sozialpasses, Beratung der Betroffenen, Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.
- Freier und gleicher Zugang zu Bildung für alle Bevölkerungsschichten, integrierte Gesamtschulen in der Stadt und dem Landkreis.
- Stopp der Agrarindustrialisierung, kein Schlachthof in Wietze, für die Vielfalt der Bäuerlichen Landwirtschaft.

Keine Chicken schicken

Damit hatte der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) nicht gerechnet: Ein voll besetzter Anne-Frank-Saal im Urbanus-Rhegius-Haus zum Thema »Fleischexporte nach Afrika – Fluch oder Segen?« Noch vor zwei Jahren wäre wohl nicht mal ein Viertel der Besucher_innen gekommen. Aber: Die Diskussion um den Wietzer Schlachthof und die damit für die Region zu befürchtenden Geflügelmastställe haben die Ernährungsfrage in den Fokus des Interesses gerückt. Neben der Lehrstunde über europäische Agrarexportpolitik waren es am Ende vor allem »Ungleichzeitigkeiten« der Probleme, die nachdenklich machen konnten.

Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) fährt seit gut fünf Jahren eine Kampagne unter dem Motto »Keine Chicken schicken«, in deren Rahmen von der EU eine Regulierung der Geflügelexporte nach Westafrika gefordert wird, um die dortigen Märkte nicht noch weiter zu zerstören. Zum Ev. Kirchentag in Dresden hatte der EED Samuel Onnallo Akpa, Geschäftsführer des nigerianischen Geflügelverbandes, und Dr. King-David Amoah, Direktor der Ecumenical Association for Sustainable Agriculture and Rural Development / ECASARD und Vorsitzender des Dachverbands der Ghanaischen Bauernverbände, eingeladen. Nach der Veranstaltung in Celle nahmen sie am nächsten Tag noch an der Abschlusskundgebung des Bauerntrecks (siehe S. 23) teil.

Seit 1996 ist eine rasante Steigerung der Geflügelimporte in fast allen westafrikanischen Ländern zu beobachten. Die Ausfuhr von Geflügel aus der EU in Länder Afrikas verdreifachte sich von etwa 48.000 Tonnen (1996) auf knapp 200.000 Tonnen 2004. Die gesamte Ware wird tief gefroren eingeführt, zu 80 Prozent sind es Hähnchenteile – Reste, die auf dem europäischen



Markt nicht abgesetzt werden können. Im 1957 unabhängig gewordenen Ghana war bis in die 1980er Jahre die Versorgung der Bevölkerung über die einheimische landwirtschaftliche Produktion gesichert. Die Wende kam mit den Strukturanpassungsprogrammen von Weltbank und IWF, die eine Öffnung der Märkte und die Einschränkung der nationalen Subventionierung erzwangen. Die damit einhergehende massive Einfuhr von Geflügelfleisch machte die einheimischen Märkte nahezu vollständig kaputt. Die Geflügelzüchter konnten gegen die europäischen Billigpro-

dukte nicht bestehen. Betroffen waren nicht nur die Geflügelfarmer selbst, sondern auch die Futtermittelproduzenten und –händler. Im Jahr 2003 beschloss die Regierung, die Importzölle von 20 auf 30 % anzuheben und die Farmer zu subventionieren. Doch die EU erzwang sofort die Rücknahme der Gesetze. So wurde der einheimische Sektor der Geflügelproduktion geopfert, um die Vergabebedingungen für neue Kredite zu erfüllen. King-David Amoah forderte einen »fairen Handel« und den Stopp der »Dumping-Importe«. Unter Anspielung auf die Fluchtbewegungen nach Europa meinte Amoah: »Wenn die EU nicht bereit ist, ihren Reichtum mit uns zu teilen, müssen wir unsere Armut mit der EU teilen.«

Über die Situation im größten Land Westafrikas, Nigeria, berichtete Samuel Onnallo Akpa. Auch hier hatte die von Weltbank und IWF erzwungene Öffnung der Märkte zunächst katastrophale Wirkungen. Anfang der 1990er Jahre mussten unter dem Konkurrenzdruck viele der großen Geflügelproduzenten ihre Anlagen schließen und die Produktion der Kleinproduzenten kam komplett zum Erliegen. Daraufhin beschloss die Regierung ein Importverbot. Doch die europäischen Händler fanden schnell eine Lücke: Den Export ins kleine Nachbarland Benin, von wo aus bis heute im großen Maßstab ein Schmuggel nach Nigeria stattfindet. Akpa erläuterte dies mit Zahlen. 1996 importierte Benin 12,5 Megatonnen Geflügelfleisch, 2003 waren es 86 Megatonnen und im vergangenen Jahr 115 Megatonnen. Würde diese Ware in Benin verkauft, wäre der Pro-Kopf-Verzehr auf europäischem Niveau. Die Regierung versucht zwar, den illegalen Schmuggel einzuschränken, aber erforderlich wäre eine von der EU gesteuerte Regulierung der Exporte nach Benin. Akpa forderte eine Änderung der EU-Agrarpolitik, die Dumping-Exporte unterbinden müsse. Denn für die westafrikanischen Länder bedeutet dies Arbeitslosigkeit und Armut mit der Konsequenz eines zunehmenden Auswanderungsdrucks.



Akpa machte auf einen weiteren Aspekt aufmerksam: Die gefrorenen Hühnerenteile aus Europa gefährden die Gesundheit der Bevölkerungen, denn in den Ländern Westafrikas gibt es in Folge von Stromausfällen keine geschlossene Kühlkette. Wenn das Fleisch an den Verkaufsständen ankommt, ist es häufig aufgetaut und ein idealer Nährboden für Bakterien. Schwere Durchfall-

und Magen-Darmerkrankungen sind die Folgen. Deshalb waren Lebendverkäufe bis zur Durchsetzung der EU-Dumpingstrategie der Standard. Für Ghana nannte King-David Amoah Zahlen: Während einheimisches Geflügel rund 5 \$ pro Kilo kosten, würden die Geflügelreste aus Europa für 50 Cent auf den Markt geworfen. Bei durchschnittlichen Stundenlöhnen von 2 \$ sei dies trotz der miserablen Qualität für Verbraucher_innen eine zu große »Verlockung«.

Stig Tanzmann, Referent für Landwirtschaft beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), erläuterte die Ziele der Kampagne »Keine Chicken schicken«. Die europäische Kommission müsse die handels- und lebensmittelrechtliche Verantwortung für die Folgen der Exporte übernehmen. Dort würde aber entschuldigend auf den »freien Markt« verwiesen, der Eingriffe nicht erlaube. Zentrale Forderungen des EED sind deshalb eine freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie, kein gefrorenes Fleisch in Länder ohne Kühlkette zu schicken und das Versagen von Exportgenehmigungen durch den europäischen Zoll auf Basis des europäischen Lebensmittelrechtes. Die so genannten Exporterstattungen für landwirtschaftliche Produkte sind in den vergangenen 8 Jahren allerdings schon erheblich zurückgefahren worden: Wurden 1993 noch gut 10 Mrd. EUR gezahlt, waren es 2009 insgesamt »nur« noch 648 Mio. EUR; bei Geflügelexporten ging dieser Zuschuss von 250 Mio. EUR auf 91 Mio. EUR zurück.

In der Diskussion prallten überraschenderweise unterschiedliche Perspektiven aufeinander. Die Sichtweise der Kritiker_innen der Agrarindustrie setzt neben einer Regionalisierung der Märkte und der Tierrechtsaspekte vor allem auch auf die Veränderung der Lebensweisen, d.h.: Weniger Fleischkonsum, Abschaffung der industriellen Landwirtschaft. Dabei können sie sich auch stützen auf den Weltagrarbericht, der diese Sichtweise global zu verankern sucht. Aber: Die westafrikanischen Referenten und auch der EED-Vertreter setzten in Teilen auf ein Entwicklungsparadigma, das sich an europäischen Standards orientiert. Und das betrifft nicht nur die Frage hygienischer Standards, sondern sie verweigern sich auch agrarromantischen Vorstellungen. Kein Wunder: Nigeria hat rund doppelt so viele Einwohner wie Deutschland, Lagos ist eine Zehn-Millionen Stadt, die Bevölkerungsdichte pro qkm gleicht vielen Regionen Deutschlands. Ernährungssouveränität lässt sich mit

Hinterhofhaltung von Geflügel und ausschließlich kleinbäuerlicher Landwirtschaft aktuell wahrscheinlich nicht herstellen. Und im Geflügelsektor wird nicht von



Keine chicken schicken

Wie Hühnerfleisch aus Europa
Kleinbauern in Westafrika ruiniert und
eine starke Bürgerbewegung in Kamerun
sich erfolgreich wehrt



ungefähr von »Zucht« gesprochen, denn selbstverständlich geht es den westafrikanischen Verbandsfunktionären auch um Effektivität. Insoweit aber waren vielleicht die Beiträge der Veranstaltungsbesucher_innen für sie interessant, die Tierrechts- und Klimaaspekte thematisierten.

Die Broschüre »Keine Chicken schicken« gibt's unter: <http://www.eed.de/dyn/download?entry=page.de.pub.de.148>

NABU klagt gegen Geflügelschlachthof in Wietze

Gegen den Geflügelgroßschlachthof in Wietze hat der NABU Niedersachsen Anfang Juni seine Klage beim Verwaltungsgericht Lüneburg begründet. Der Genehmigungsbescheid des Gewerbeaufsichtsamtes Lüneburg vom 15. Juli 2010 ist nach Auffassung des NABU rechtswidrig und verstößt gegen die Schutz- und Vorsorgegrundsätze des Bundesimmissionschutzgesetzes. Der NABU Niedersachsen hat seine Klage mit fehlenden Aussagen zu Schwebstoffen mit krankheitsregenden Keimen und Stäuben und ihrer Gefährdung der menschlichen Gesundheit, unzureichenden Regeln zum Betriebs- und Verkehrslärm sowie betriebsbedingten Stickstoffeinträgen in die Landschaft und die Gewässer sowie fehlenden Brand- und Schutzanforderungen begründet.



Es ist ein Wandel erforderlich

Auf Antrag der Kirchengemeinde St. Michael in Wietze diskutierte die Landessynode der ev.-luth. Landeskirche Mitte Mai in Hannover das Thema Nutztierhaltung, da neben dem in Wietze im Bau befindlichen größten Geflügelschlachthof Europas auch viele Mastanlagen im Umfeld entstehen werden. Die Notwendigkeit und die Auswirkungen der Anlage würden in der Gemeinde kontrovers diskutiert in der Spannung zwischen christlichem Lebensbild einerseits und zusätzlichen Arbeitsstellen und preiswerterem Fleisch andererseits. – Herausgekommen ist ein Bericht, das sogenannte »Aktienstück 86«, in dem bezweifelt wird, dass Großschlachtenanlagen dem Tierwohl sowie den sozialen und umweltethischen Anforderungen gerecht werden können.

Berichterstatlerin für den mit dem Thema befassten Umwelt- und Bauausschuss der Landessynode war die Agraringenieurin Bettina Siegmund aus Leer. Bei ihrer Einbringung sagte sie, dass es um eine Auslegung des biblischen Auftrages, „die Erde zu bebauen und zu bewahren“, gehe. Hier gelte es, ein Gleichgewicht zwischen Bebauen und Bewahren zu finden, also Versorgung mit Nahrungsmitteln einerseits und dem Erhalt wirtschaftlicher Grundlagen andererseits.

Siegmund stellte fest, dass der Fleischverzehr in Deutschland in den letzten 60 Jahren sich auf jetzt 60 Kilogramm pro Person und Jahr verdoppelt habe. Für den Fleischbedarf Niedersachsens müsse Eiweiß in Form von Soja angebaut werden. Dazu werden 1,25 Millionen Hektar Fläche benötigt, vor allem in Lateinamerika. Das sei die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche Niedersachsens. Der Stickstoffüberschuss in Regionen mit hohem Viehbesatz belaste auf Dauer Boden, Luft und Wasser. Die Welternährungsorganisation nenne die landwirtschaftliche Nutztierhaltung einen der wichtigsten Verursacher globaler Umweltprobleme.

„Was hat meine Brigitte-Diät mit der Existenz afrikanischer Kleinbauern zu tun?“ fragte die Agraringenieurin. Antwort: Hierzulande wollen viele Verbraucher_innen mageres Muskelfleisch, andere Geflügelteile würden dann in Westafrika »entsorgt«, also billig verkauft und verdrängen dort nahezu vollständig die heimische Produktion.

Immer weniger Verbraucher_innen würden wissen, woher ihre Nahrungsmittel kommen und wie sie verarbeitet wurden. Der Wert eines Lebensmittels müsse wieder in den Vordergrund rücken und nachhaltiges Wirtschaften im Rahmen einer Verantwortungsethik entlohnt werden. Siegmund: „Eine Ethik der Selbstbegrenzung ist unumgänglich.“

Um die Bibel ging es selbstverständlich auch. „Sie finden in der Bibel keinen Befund, der das Töten von Tie-

ren und das Essen von Fleisch als moralisch unvertretbar ausschließt“, so die Agraringenieurin weiter. Aber durch Tierhaltung dürfen Ressourcen nicht langfristig verbraucht, Biodiversität nicht gefährdet, und die Umwelt nicht dauerhaft belastet werden, auch nicht in Übersee. Die Politik habe dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen und für den Schutz landwirtschaftlicher Betriebe vor marktbeherrschenden Unternehmen. Eine nachhaltige Produktion dürfe sich nicht zum Nachteil landwirtschaftlicher Betriebe auswirken.

In der Schlussbemerkung des Berichts heißt es: „An den genannten Maßstäben und Standards gemessen, muss bezweifelt werden, dass man in Großeinheiten und Großschlachtenanlagen, wie sie heute bestehen oder geplant werden, dem Tierwohl und den sozialen und umweltethischen Anforderungen gerecht werden kann. Darum sollten die bestehenden Anlagen gründlich überprüft und neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie den genannten Maßstäben und Standards uneingeschränkt Rechnung tragen.“

Zu vermeiden ist eine nationale und internationale (Land)Wirtschaftspolitik, die zwangsläufig von industrieller Technologie und ihrer Philosophie bestimmte Großhaltungen zur Folge hat. Technologie muss generell wieder "dienende" Funktion übernehmen. Es ist ein Wandel notwendig, der zielgerichtet und unverzüglich zu Formen der Tierhaltung und Tiernutzung im Sinne von Tierwohl, Menschengesundheit und Nachhaltigkeit führt.“



Das Thema soll in der Landeskirche weiter diskutiert und das »Aktienstück« u.a. Kirchengemeinden und Synoden, landwirtschaftlichen Verbänden und dem Landwirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt werden.

Das wirklich lesenswerte »Aktienstück« ist zu finden unter: http://www.evika.de/intern/get_file.php?id=4644

Treckersternfahrt in Wietze

Wo vor einem Jahr noch ein buntes Widerstandscamp stand, erschlägt einen jetzt der Bau der größten Geflügelschlachthanlage Europas. Ein stacheldrahtbewehrter Metallzaun, videoüberwacht, Feuerlöscher an jedem Überwachungsast. Da fühlt sich jemand bedroht. In ganz anderer Weise bedroht fühlen sich die rund 200 Teilnehmer_innen der Kundgebung der Treckersternfahrt von der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) sowie des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter Niedersachsens (BDM), die am 2. Juni gegenüber der Anlage einen Zwischenstopp eingelegt hatten. Bedroht von einer »Emslandisierung« des Aller-Leine-Tals.

Von 29. Mai bis 9. Juni waren die junge Bäuerinnen und Bauern mit ihren Traktoren auf vier Routen in Deutschland unterwegs, um am Ende für eine bäuerliche, faire, tiergerechte und ökologische Landwirtschaftspolitik vors Kanzleramt in Berlin zu ziehen. Sie fordern von der Regierung, ihre Blockadehaltung zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik aufzugeben und sich nicht länger als Interessensvertretung von Agrarindustrie und Großgrundbesitzern einspannen zu lassen. Ihr Motto: „Frau Merkel, Frau Aigner und Frau Schavan - Wir haben Ihre Agrarpolitik satt!“ Jedes Jahr nehme das Höfesterben in Deutschland und Europa weiter zu. Die Zukunft junger Bäuerinnen und Bauern würde Konzernen und agrarindustriellen Interessen geopfert. Millionen von Euro fließen in die Risikotechnologie Gentechnik. Immer größere Massentierhaltungsanlagen werden genehmigt. Die andere Landwirtschaftspolitik, für die sie eintreten, setzt auf tiergerechte Haltung, die Qualitätshaltung unterbindet. Sie wollen eine Landwirtschaft, die Klima und Ressourcen schont und die Artenvielfalt erhält. Sie setzen auf eine Wende in der Agrarpolitik, die die Produktion von gentechnikfreien, gesunden und fair produzierten Lebensmitteln ermöglicht. Ein Systemwechsel sei hierfür nötig, weg von der Industrialisierung

der Landwirtschaft hin zu bäuerlich-ökologischer Landwirtschaft. Die EU-Agrarreform 2013 biete die Chancen dafür.

Neben Norbert Juretzko von der Wietzer BI und der Milchbäuerin Johanna Böse-Hartje sprach als Hauptredner der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (siehe Foto unten rechts). Er forderte die Bundesregierung auf, endlich den Weltagrarbericht zu unterschreiben. Über 500 Wissenschaftler_innen hatten vor drei Jahren im Auftrag der Vereinten Nationen und der Weltbank den Stand des Wissens über die globale Landwirtschaft, ihre Geschichte und Zukunft zusammengefasst. Ein unbequemer und alarmierender Bericht, der gleichzeitig vor Irrwegen warnt und Lösungen aufzeigt. Ergebnis: Nur eine bäuerlich-ökologische, regional angebundene Erzeugung von Lebensmitteln ist in der Zukunft in der Lage, die Menschen zu ernähren (siehe nächste Seite). Das aber steht im Widerspruch zur Agrarpolitik der Bundesregierung, die sich deshalb strikt weigert, den Bericht zu unterschreiben.

Der AbL-Vorsitzende verwies darauf, dass vielen heute klar sei, dass die Risikotechnologie Atomkraft das Leben von Millionen Menschen gefährde. Nicht so klar sei dagegen den meisten, dass die europäische Agrarpolitik schon jetzt den Menschen in den Ländern des Südens den Tod bringe. Wir würden den Menschen dort das Essen vom Teller stehlen, um hiermit unsere Fleisch- und Milchüberschüsse zu produzieren, um dann einen Großteil davon wegzuschmeißen und den Rest zu Dumpingpreisen zu exportieren und so die lokalen Märkte kaputt zu machen. Europäische Agrarpolitik verschärfe den Hunger in der Welt.

Aber Graefe zu Baringdorf zeigte sich optimistisch: „Wir sind mitten drin im Umdenkungsprozess – die Agrarindustrie wird keine Zukunft haben.“ Das Bündnis zwi-



schen Bäuer_innen und Verbraucher_innen sei der wichtigste Motor in diesem Prozess. Dass beide noch voneinander lernen müssen, zeigte sich sinnbildlich in den mitgeführten, schwarz-rot-gold angemalten Pappkühen. Für einige Kundgebungsteilnehmer_innen waren sie eher »grenzwertig«; für die Milchbäuer_innen dagegen eine Selbstverständlichkeit, denn in ihrem europäischen Zusammenhang drückt sich für sie gerade darin ihre Internationalität aus. Und wenn in Brüssel demonstriert wird, ist es die Vielfalt der mit den Nationalfarben »geschmückten« Pappkühe, die ein grenzübergreifendes Interesse symbolisieren.

Noch ambivalenter ist es sicher um die mitgeführte Fahne der »Landvolkbewegung« bestellt. Vor allem in Schleswig-Holstein hatten sich in der Weimarer Republik Bauern radikalisiert und gegen die Zwangsversteigerungen ihrer Höfe gekämpft. So sympathisch auch dieser Kampf sein mag, er verlief letztendlich in großer Nähe zur »Blut-und-Boden«-Ideologie der Nazis und bereitete ihnen in der Dithmarsch den Boden. Das Symbol der Bewegung war eine schwarze Fahne mit silbernem Pflug und rotem Schwert (siehe Foto untenlinks). Wahrscheinlich ist es kein Zufall, dass diese Fahne von rechtsextremistischen Internet-Versänden angeboten wird. Der bäuerliche »Fortschritt« hat scheinbar auch seine finsternen Winkel.

Aber dies wird kaum der Grund gewesen sein, warum die Polizei die friedliche Kundgebung einmal mehr mit Videoaufnahmen obeservierte. Ist das nicht eigentlich nach einem Urteil des OVG Münster verboten?

Mehr Infos unter: <http://www.meine-landwirtschaft.de>



Weltagrарbericht

Die »Albert-Schweitzer-Stiftung« hat einige Aspekte des Weltagrарberichts so zusammengefasst:

Weltweit ernten Landwirte (in Kalorien) ein Drittel mehr als nötig wäre, um alle Menschen ausreichend zu versorgen. Doch immer mehr des weltweit produzierten Getreides wird als Tierfutter, als Treibstoff oder für andere industrielle Zwecke benutzt, und nicht um Menschen zu ernähren. Nach einer Berechnung der Umweltorganisation der Vereinten Nationen könnten die Kalorien, die bei der Umwandlung von pflanzlichen in tierische Lebensmittel verloren gehen, theoretisch 3,5 Milliarden Menschen ernähren.

Die Reduzierung des Fleisch- und Milchverbrauchs in den Industriestaaten und ihre Begrenzung in den Schwellenländern ist der dringendste und effektivste Schritt zur Sicherung der Ernährung, der natürlichen Ressourcen und des Klimas. Die extremen Klimaauswirkungen der Milch- und Fleischproduktion können auch durch die Optimierung der Futterzusammensetzung gelindert werden. Doch all das reicht nicht aus. An veränderten Konsumgewohnheiten führt kein Weg vorbei.

Der respektvollere Umgang mit Nutztieren, der in einem grotesken Gegensatz zu unserem Verhältnis zu Haustieren steht, wäre auch dem Wohlergehen der Tiere zuträglich; und damit auch unserer eigenen Selbstachtung. Denn wir müssten beim Griff ins Kühlregal weder die unerträglichen Zustände in Fleischfabriken verdrängen noch die zu ihrer Aufrechterhaltung nötige Vernichtung von Wäldern und Aufheizung des Klimas.

Mehr Infos unter: www.weltagrарbericht.de





Renate Deuter - Gewappnet

Manchmal ist es schade, dass unser kleines Magazin nicht im vierfarbigen Glanzdruck erscheint – so kann das Foto nicht wirklich abbilden, wie der Innenhof der Möller-Stiftung in der Zöllnerstraße an zwei Tagen im Mai verzaubert wurde. Die Stipendiatin der Stiftung, die Berliner Künstlerin Renate Deuter, hatte nicht nur den dort emporrankenden Wallnussbaum »gewappnet«, sondern mit weiteren Arbeiten den Innenhof in ein »Freilichtzimmer« verwandelt. Da das Wetter sich von seiner besten Seite zeigte, wird es für die meisten Besucher_innen ein unvergessliches »Ereignis« bleiben.

Neben dem »Baumkleid« hatte Renate Deuter für den Ort zwei bunte gemusterte »Wappentücher« maßgeschneidert, die die Wände schmückten, und sie hatte dem Hof mit zwei an einer Wäscheleine aufgehängten, weißen und tiefblauen »Schürzenintarsien« gleichzeitig mit Alltäglichkeit konterkariert.

Für die Wappentücher und das Baumkleid hat Renate Deuter Stoffe aus dem Familienfundus verarbeitet und in wahrscheinlich nicht bezifferbaren Stunden zu kleinen Wappen vernäht. Mit der Verwendung der Reste von Gebrauchsstoffen verschwindet jedes Hoheitliche und Heraldische, das Wappenschilder sonst kennzeichnet. Der Alltag – und vor allem die Erinnerung an alltägliche Verrichtungen – gibt eine allgemeine Bedeutung vor, wobei die besondere, persönlich-familiäre Erinnerung das Geheimnis der Künstlerin bleibt.

So konnten sich die Besucher_innen in ein märchenhaftes Szenario einfühlen. Verzaubert saß darin ein »Mägdelein« Stunde um Stunde über das Nähen ihrer Wappen gebeugt, auf der Suche nach verborgenen Schätzen ihrer Erinnerung. Aber schließlich je mehr es werden, winden sie sich am Baum hinauf, immer mehr dem Licht zu – und vielleicht gelingt über diese »Wappen-Leiter« eine Befreiung aus dem »Innenhof-Gefängnis«.

Im Katalog findet sich ein einfühlsamer Text von Uta von Debschitz (»Der Stoff, aus dem die Orte sind«), in dem die Vielfalt der Assoziationsmöglichkeiten mit der Biografie der Künstlerin verknüpft werden. Die Fotos von Achim Kleuker haben Entwicklung und Details der Szenerie eingefangen. Ein kleiner Beitrag von Oskar Ansell erinnert an die biografischen Bezüge RWLE Möllers an den Innenhof in der Zöllnerstraße 7. Etwas »überkandidelt« wirkt der Aufsatz des Kunsttheoretikers Michael Erlhoff (»Der Himmel als Hinkelkasten«); aber vielleicht passt sogar das zu der Inszenierung der märchenhaften Verschrobenheit der Installation.

Schade dass die CZ in ihrer Berichterstattung darauf verzichtete, den Katalog überhaupt zu erwähnen. Letztlich ist er doch mehr als nur Dokumentation.

Renate Deuter: Gewappnet. Katalog zur Ausstellung am 21. und 22. Mai 2011 im Innenhof der RWLE Möller Stiftung Celle, Zöllnerstraße 7 – 20 EUR.

... rockin' all over the world ...

Immer dabei mit grassyworld.net

Mit »grassyworld.net« hat Celle ein alternatives Szene-Magazin, das online vor allem das Musik- und Party-geschehen in und um unsere kleine Stadt »verarbeitet«. Es wird von Schüler_innen und Studierenden in deren Freizeit gemacht. Neben Musik beschäftigt sich die Redaktion auch mit Politik und Lifestyle. Wir haben Lucas von »grassyworld.net« ein paar Fragen gestellt, um unsere Leser_innenschaft auf dieses interessante Format aufmerksam zu machen und uns ein bisschen über Qualitäten und Qualen der Provinz auszutauschen.

??: *Wie lange macht ihr »grassyworld.net« schon? Wie ist euer Projekt entstanden? Wie viele Leute sind dabei?*

!! grassyworld.net gibt es seit rund 6 Jahren. Damals noch als Blog gestartet, haben Jörn Constabel und David Frechen bei Privatpartys und Konzerten, die sie selbst besucht haben, Fotos geschossen und die Abende festgehalten. Da nicht alle begeistert waren, die Fotos der Privatpartys online zu sehen, haben sie sich irgendwann auf Konzerte konzentriert und wurden Stück für Stück professioneller. Mittlerweile sind wir 13 Leute, alles Schüler und Studenten, die das ganze in der Freizeit aufziehen. Wir haben Spaß an der Musik und sehen uns mittlerweile als wichtiger Teil der alternativen Musikszene in Celle, da sich viele Jugendliche bei uns informieren, was am Wochenende war oder noch sein wird.

??: *Das Schöne bei Euch ist ja zum einen, dass in eurem Veranstaltungsbereich so ziemlich alle Veranstaltungen rund ums Party- und Musikgeschehen zu finden sind, zum anderen aber, dass ihr zu allen größeren Events Berichte bringt, oft mit einer Vielzahl Fotos. Wahrscheinlich könnt ihr an den Klicks ja ablesen, was eure Nutzer_innen am meisten interessiert?*



von rechts nach links: Joachim Schole, Anna Jakiela, David Frechen, Svenja Hartmann, Valeria Stuckov, Viktoria Prahst, Lucas Rosenbaum, Jörn Constabel, Bastian Heidrich, Christopher Oehlmann; nicht auf dem Foto: Steffen Wolter, Juliane Heidrich, Charlotte Atkin

!!: Bei uns ist nichts Pflicht. Wenn jemand Lust hat, über ein Event zu berichten, auch überregional, dann ist dem kaum Grenzen gesetzt. Der Fokus liegt natürlich auf lokalen Events mit Schwerpunkt auf den Veranstaltungen, die auch viele Besucher anlocken. Dazu gehören auf jeden Fall die Festivals im Sommer wie das *Südwin-sen Festival* oder *Bockpalast*, aber auch Partys wie die *Celebration* oder *Simm Simma Saturday*. Die Resonanz auf die Artikel ist stark unterschiedlich, aber die meistgelesenen sind in der Regel auch die oben genannten und die Besonderheiten, wie Interviews oder Berichte von großen Festivals. Seitdem wir auch ab und an in Hannover sind und von dort berichten, sind auch diese Artikel viel gelesen. Ob es nun an Hannoveranern liegt, wo wir bekannter werden, oder ob es die Celler interessiert, was in Hannover los ist, können wir dabei nicht genau sagen.

??: *Musikkritik ist bekanntlich ein sehr subjektives Geschäft. Bei euch gibt es für Nutzer_innen die Möglichkeit, eure Berichte zu kommentieren. Wie wird diese Ebene genutzt und was wird zum Gegenstand unterschiedlicher Sichtweisen?*

!!: Die Kommentarfunktion wurde schon einmal stärker genutzt. Wir haben auch mal ein Forum eingerichtet, wo man sich hätte austauschen können. Allerdings mussten wir es abschalten, da es nicht wirklich genutzt wurde. Wir würden uns über mehr konstruktive Kommentare freuen, die uns auch weiterbringen. Die Kommentarfunktion ist für Diskussionen über die Artikel oder über die Party. So etwas wird heute vielleicht mehr über facebook gemacht als auf unserer Seite, was schade ist, da man nicht alles verfolgen kann.

??: *Celle ist in gewisser Weise ja ein besonderes Pflaster. Es gibt eine Hard-Rock-Szene, es gibt über den »Herzog Ernst« ein breites Angebot von erstklassigen Bluesbands, gerade erlebt Hardcore eine kleine Wiedergeburt, während es zum Beispiel für »Indie«-Gitarrenbands in Celle nichts zu holen gibt. Wie würdet Ihr die Celler Szenerie im Unterschied zur »großen weiten Welt« beschreiben?*

!!: Das Schöne an Celle ist der Zusammenhalt zwischen den Szenen, wo wir auch einen gewissen Teil zu beitragen. So kamen zu

Dancehallpartys im Bunten Haus auch Leute, die wir davor nur in der CD-Kaserne bei Metalkonzerten gesehen haben. Allerdings finden wir, kann man immer noch besser zusammenarbeiten. Ein runder Tisch mit Celler Veranstaltern und Locationbetreibern wäre mal interessant, da man sich dort sicher gut absprechen kann, dass es keine Doppelbuchungen gibt und an manchen Wochenenden gar nichts los ist. Zusammenarbeiten wie von *Celle Rock City* und der *CRI* oder *Cellebration.Events* und *Squal Unit* sind da schon tolle Anfänge. Allerdings sollten Veranstalter wie die, die das *CellAir* organisieren, noch mehr auf vorhandene Strukturen bauen und nicht nur die Namen von etablierten Celler Musikorganisatoren nutzen. Die Veranstaltung ist in unseren Augen etwas seltsam: Es wird geplant, vor dem Celler Schloss an zwei Abenden Bands auftreten zu lassen und das ganze für rund 40 Euro. Das klingt ja noch gut, allerdings ist es äußerst fragwürdig, wieso drei Mal in dieser Zeit *Rocktail* auftreten muss, wieso Bands kommen die als große Headliner angekündigt wurden, aber im *Herzog Ernst* zwei Mal im Jahr spielen, ohne dass man dafür Eintritt zahlen muss. Wen interessiert das? Aus der Generation 18-35 locken sie damit niemanden hinter dem Ofen hervor. Für das gleiche Geld kann man in Lüneburg auf das *Lunatic Festival* oder in Hannover aufs *BootBooHook* gehen, um mal Vergleiche zu nennen, und wirklich außergewöhnliche Gruppen sehen. Es ist traurig, dass Celle sich immer wieder solche Chancen verbaut. Im Vergleich zur großen weiten Welt ist zu betonen, dass wir eine sehr vielschichtige, alternative Szene haben, die für eine Kleinstadt wie Celle wirklich außergewöhnlich ist. Eine Indie-Szene haben wir ja selbst versucht zu mobilisieren mit unseren *Just a Rock-Partys*, die im Nachhinein nicht wirklich erfolgreich waren. Nicht nur für die Indieszene fehlt in Celle eine ganze Generation, die der Studenten. Leerstehende Innenstadt? Kein abwechslungsreiches Musikangebot? Das würde sich mit Studenten sozusagen über Nacht ändern. Ohne eine Hochschule oder eine Uni stirbt Celle aus und wird endgültig eine Rentnerstadt. Das, was wir haben ist gut, aber verglichen mit Städten wie Lüneburg oder Marburg ist es ganz schön traurig, wenn man sieht, was möglich wäre.

?: *Durch CD-Kaserne und Buntes Haus hat sich in den vergangenen Jahren in Celle viel bewegt. Vorher haben manche Musikinteressierte eigentlich jede Veranstaltung mitgenommen – von Jazz bis Punk. Was den Vorteil hatte, dass die Hörerfahrung breit gestreut war. Wie sieht das eigentlich heute aus, ihr bekommt das ja mit: Gibt es mehr oder weniger geschlossene »Fan«-Kreise?*

!: Also über die Jahre hat sich wirklich was geändert. Wo früher die Leute offener wurden, konnte man vor ein paar Jahren beobachten, dass jede Szene sich irgendwie abschottet. Mittlerweile ist jede Szene offener geworden und man sieht auch Szene übergreifend viele Besucher die unterschiedliche Musik feiern. Die alternative Szene ist nun mal, wie der Name schon sagt: alternativ, und da sollte man nicht unterscheiden zwischen



den ganzen Szenen, sondern sollte zusammen dran arbeiten, alternative Musik zu unterstützen und mehr Leute raus aus dem Inkognito und rein zu richtiger, hausgemachter Musik zu bringen.

?: *Celle scheint eine Hochburg der Cover-Bands zu sein. Was hier ja höchst selten passiert, sind Konzerte von Bands und Künstler_innen, die gerade richtig angesagt sind. Anna Depenbusch war vielleicht so ein Konzert. Darüber habt ihr erstaunlicherweise aber nicht berichtet. Aber unsere Frage: Was meint ihr, woran das liegt? Lassen sich die erforderlichen Preise hier nicht umsetzen oder ist die Stadt grundsätzlich vom Besucher_innen-Interesse her zu klein?*

!: Die CD-Kaserne ist als einziges in der Lage, große Konzerte zu veranstalten. Im Bunten Haus werden keine Gagen für Künstler gezahlt, deswegen kann die Kaserne mehr oder weniger machen, was sie will. Die CD-Kaserne könnte sicher ohne weiteres auch größere Künstler holen, die Halle 10 ist ja nicht wirklich ausgelastet. Aber warum sie es nicht tun, wissen wir auch nicht. Ein wirkliche Entwicklung könnte sein, wenn sich ein neues Veranstaltungszentrum gründet, die sich mehr trauen, oder das Bunte Haus offener gegenüber Gagen wird. Mit bestimmten Bands könnte man das Bunte Haus rappellvoll machen ohne großes finanzielles Risiko, und gerade alternative Bands gehen mit ihren Forderungen runter, wenn sie wissen, dass es ein selbstverwaltetes, soziales Zentrum ist. Wenn wir ehrlich sind, können wir die zehnte Coverband dieses Jahr auch irgendwann nicht mehr sehen. Gerade im Bereich Live Musik hat die CD-Kaserne nach unserem empfinden nachgelassen und bietet wenig Neues.

?: *Letzte Frage: Was war in diesem Jahr bisher das »Highlight«?*

!: Ein wirkliches Highlight gab es nicht. Wir haben einige tolle Erfahrungen in Hannover im Musiktheater Bad oder in der Faust gemacht, aber auch das *Lunatic Festival* in Lüneburg war Klasse. Gerade letztes Wochenende haben wir interessante Veranstaltungen mit dem *Break the Ground* und dem *More Fire Festival* besucht. Die Heimat bietet ihre Highlights, aber kann dem Überregionalem nicht viel entgegensetzen, somit ist jede Veranstaltung, die gut geplant und gut besucht ist, ein Highlight.

Eichmann vor Jerusalem

Adolf Eichmann – SS-Obersturmbannführer, Leiter des Referats »Judenangelegenheiten« im Reichssicherheitshauptamt der SS, »Zentraler Organisator der Deportation von über 3 Mio. Juden aus dem NS-Machtbereich und der »Endlösung«. 1946 Flucht aus US-Gefangenschaft nach Argentinien, von Geheimagenten nach Israel entführt, dort Prozeß (2.4.-11.12.1961), Verurteilung zum Tode«, so heißt es in der Kurzbiographie in der »Enzyklopädie des Nationalsozialismus«.



Über Eichmann ist viel geschrieben worden, die Historikerin Bettina Stangneth hat nun aber eine über 500 Seiten starke Studie vorgelegt, die sich mit Eichmanns »Nachkriegsgeschichte« beschäftigt. Dafür standen ihr auch bisher nicht ausgewertete Materialien zur Verfügung. Ein Teil der Geschichte ist Eichmanns Untertauschen in Deutschland bevor er nach Argentinien entkommen konnte, und dies ist auch Teil der Celler Lokalgeschichte: Eichmann lebte einige Jahre in Altensalzkoth. Diese Erkenntnis ist nicht neu, erste Interviews machten Journalisten in Altensalzkoth bereits 1960 und eine Internetsuche mit den Begriffen »Eichmann Altensalzkoth« führt u.a. zu einer Reihe von Zeitungsartikeln. Die Inhalte gleichen sich, wenige Zeilen zu Eichmanns Zeit im Landkreis Celle: Mit gefälschten Papieren kam Eichmann 1946 als »Otto Heninger« nach Altensalzkoth, arbeitete zunächst als Waldarbeiter, lebte auch im Wald, wurde dann 1948 Hühnerzüchter und zog in den Ort Altensalzkoth bis er sich 1950 auf den Weg nach Argentinien machte. Ausführlichere Artikel, die auch Zeitzeugen aus Altensalzkoth zu Wort kommen lassen, zeigen: Keiner wusste, wer da im Ort war, keiner konnte oder wollte es sich im Nachhinein vorstellen. Zu diesem Ergebnis kommt nun auch Bettina Stangneth: *„Dass jemand gewusst hat, wer Otto Heninger wirklich war, ist unwahrscheinlich. Die kleine Dorfgemeinschaft ließ ihn in ihr Leben, vermietete ihm Zimmer und Wiesen, fuhr für ihn die Hühner zum Markt, kaufte seine Eier und respek-*

tierte seine zurückhaltende Art. In dieser Zeit kurz nach dem Krieg mochte niemand gern Fragen und stellte darum anderen auch keine.“ Eichmann selbst schrieb über seine Zeit im Landkreis Celle u.a. dies: *„Das Leben in diesem wunderschönen Heide-land lief seine ruhigen Bahnen weiter. Sonntags fuhr ich mit dem Fahrrad ins Dorfgasthaus in die Nähe von Celle [...] Manchmal mußte ich grinsen, wenn der Gastwirt mir von dem Geschreibe der Lokalzeitungen erzählte. ›Wahrscheinlich ist das alles erlogen und erdichtet, pflegte er zu sagen, – und mich machte das sehr froh und zufriedener.“* Er äußerte sich aber auch abfällig über die »einfachen Leute«, und Stangneth teilt die Auffassung Hannah Arendts, dass sich Eichmann in der Heide »tödllich gelangweilt« haben musste. Die »Abreise« aus Altensalzkoth war keine hektische Flucht, er beglich alle Verbindlichkeiten und verabschiedete sich im Dorf. Die finanziellen Mittel, die ihm das Entkommen nach Südamerika ermöglichten, stammten aus seiner Hühnerzucht. Eichmanns »Celle-Episode« endete wie sie begonnen hatte: unspektakulär.

Eichmanns Aufenthalt in Altensalzkoth ist nur ein kleiner Teil der Geschichte des Organisators des Holocaust. Und auch wenn diese Geschichte durchaus spektakulär wirkt, besonders wegen der Entführung Eichmanns von Argentinien nach Israel und dem Aufsehen erregenden Prozess, erscheint sie doch auch exemplarisch: Sie zeigt den Umgang Nachkriegsdeutschlands und der jungen Bundesrepublik mit den Nazi-Tätern, das Funktionieren alter Seilschaften und dass auch Jahrzehnte nach dem Krieg die Verfolgung der Täter in Deutschland noch nicht selbstverständlich und von erheblichen Schwierigkeiten und Widerständen geprägt war.

Bettina Stangneth: Eichmann vor Jerusalem. Das unbehelligte Leben eines Massenmörders. 2. Auflage. Zürich, Hamburg 2011. ISBN 978-3-7160-2669-4, 39,90€.

TW

Unten: Eichmanns argentinischer Pass.



Die Todesmärsche 1944/45

Als vor 15 Jahren Daniel Goldmanns Buch »Hitlers willige Vollstrecker« intensiv und kontrovers diskutiert wurde, waren sich viele doch in einem einig: Es war ein Verdienst Goldhagens, den Blick auch auf die Todesmärsche in der Endphase des Krieges gerichtet zu haben. Wovon eine breitere Öffentlichkeit damals erstmals Kenntnis nahm, ist in der Zwischenzeit durch eine Reihe einzelner Untersuchungen vertieft worden. Die erste zusammenhängende Studie hat aber erst jetzt der israelische Historiker Daniel Blatman vorgelegt: »Die Todesmärsche 1944/45 - Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords«.

Etwa 250.000 KZ-Häftlinge wurden in den letzten Kriegsmonaten während der später so genannten »Todesmärsche« ermordet oder starben an Entkräftung. Angesichts der vorrückenden Front räumten die Nazis ab dem Jahresende 1944 Konzentrationslager mit der Absicht, die Häftlinge in Lager im Innern Deutschlands zu bringen. Am Ende war Bergen-Belsen eins dieser Ziele und das Celler Massaker vom 8. April 1945 ist in diesen Zusammenhang einzuordnen. Deshalb ist Blatmans Untersuchung auch für all jene äußerst interessant, die sich vorwiegend für die regionalgeschichtlichen Aspekte interessieren. Mit Blatmans Buch ist zum einen eine Einordnung in den Gesamtzusammenhang möglich; zum andern aber liefert er Thesen zu den Motiven der Täter, die die Diskussion bereichern können.

Die Studie wurde 2008 in Frankreich erstveröffentlicht. Deshalb finden die Untersuchungsergebnisse von Bernhard Strebel über das Celler »Massaker vom 8. April 1945« keine Berücksichtigung. Blatman stützt sich zu Celle im Kern auf ältere Aufsätze von Mijndert Bertram. Allerdings hat er britische Quellen sowie Zeitzeugenberichte von Häftlingen einbezogen – wie auch Interviews mit Celler Augenzeugen, ohne dies allerdings quellenkritisch einzuordnen.

Blatmans Thesen zu den Motiven der Täter sind allerdings eine interessante Ergänzung zur bisherigen Diskussion. Denn aus der Zusammenschau mit anderen Endkriegsverbrechen kommt der Historiker zu seiner zentralen These, wonach die beschriebene letzte Phase »von einer mörderischen Ideologie geleitet wurde, die sich dezidiert von jener unterschied, die in den vorangegangenen Jahren ausgebildet worden war.« (688)

Neben den Antisemitismus, der den Holocaust ideologisch trägt, traten seiner Auffassung nach weitere rassistische Einstellungen, »die zu Morden mit anderen Charakteristika führten.« (688) Der »eliminatorische Konsens« habe zwar weiter bestanden, aber: »Das Morden war jetzt zu einem nihilistischen, lokal begrenzten Akt geworden, der nicht mehr von höheren Stellen befohlen und angeleitet wurde.« (689)

Blatman weist darauf hin, dass die Mörder keinen Unterschied mehr machten zwischen Juden und Nicht-Juden. Die Identität der Opfer wurde nicht mehr bestimmt durch ethnische oder rassistische Zuordnungen, »sondern aufgrund von Taten, die sie – nach Ansicht weiter Teile der deutschen Bevölkerung – hätten begehen können.« (691) Obwohl die Häftlinge entkräftet und wehrlos waren, wurden sie allerorten als Gefahr wahrgenommen: »Da es nicht mehr bzw. immer seltener möglich war, sie an einen Ort zu verbringen, wo sie auf absehbare Zeit weiter interniert und durch Sklavenarbeit zu Tode geschunden werden konnten, musste die dämonische Gefahr, die sie darstellten, auf anderem Wege beseitigt werden.« (692)



Besonderes Augenmerk legt Blatman auf die Entstehung »Krimineller Gemeinschaften«, was so auch auf Celle zutrifft: »Einzigartig an diesen Phänomenen ist das Auftreten einer neuen Gemeinschaft von Mördern, einer »lokalen Abwicklungsgemeinschaft«, deren Mitglieder sowohl altgediente Mörder waren (die SS-Aufseher), [...] als auch Personen, die sich dem mörderischen Treiben erst anschlossen, als es ihr Lebensumfeld und ihre Familie unmittelbar betraf: Mitglieder des Volkssturms, Polizisten, lokale Parteifunktionäre, Angehörige der Hitlerjugend und andere Normalbürger.« (692)

Und der Historiker betont die Bedeutung der »passiven Teilhaberschaft« der Bevölkerung: »Es sind die Bürger, die das Entstehen der genozidären Mentalität gutheißen und Einzelne aus ihren Reihen dazu veranlassen, an den Massenmorden teilzunehmen.« (697)

Daniel Blatman: Die Todesmärsche 1944/45 - Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords. Reinbek (Rowohlt Verlag) 2011. 864 S., ISBN 978-3-498021-27-6, 34,95 EUR.

Blatmann kommt übrigens im Oktober zu einer Veranstaltung nach Celle.



Kino 8 ½ im Juli



Ort: Alte Exerzierhalle am Neuen Rathaus
Eintritt: 3 EUR

Sa., 02. Juli, 15.00

MONICA UND DAVID

Monica und David heiraten. Die Zeremonie ist romantisch, wie aus einem Hochzeitsmagazin. Dass die junge Frau und ihr Freund sich das Jawort geben, ist außergewöhnlich: Beide haben das Down-Syndrom. Ein Porträt zweier Menschen, die ihr eigenes Leben gestalten – auch wenn sie immer auf fremde Hilfe angewiesen sein werden. (USA 2009, 68 Min.)

Sa., 02. Juli, 20.00

RAINBOW WARRIORS

Unzählige Male riskiert die junge Crew der legendären »Rainbow Warrior« gegen Walfänger oder Atommüll-Frachter ihr Leben. Gefeierte werden sie in den früher 80er Jahren wie Rockstars. Das tragische Ende des berühmten Greenpeace-Schiffes lässt die Öko-Idole bis heute nicht los. Stolz und selbstkritisch blicken sie zurück. (Niederlande 2009, 89 Min., OmU)

So, 03. Juli, 15.00

TEENAGE RESPONSE

13 Portraits von Berliner Jugendlichen, die der Kritik an ihrer Generation ihre eigenen Geschichten und Gedanken entgegensetzen. Sanft, angriffslustig, ernst und poetisch schildern die Jugendlichen ihre Erlebnisse in der Familie, unter Freunden, in der Schule und in der Liebe. (D 2009, 160 Min.)

So., 03. Juli, 20.00

ROUGH AUTIES

Wenn Kinder Opfer von Missbrauch werden, verstummen sie oft aus Scham und Angst. Diese Mädchen und Jungen zum Reden zu bringen, ist Ziel der Hilfsorganisation Bobbi Bear im südafrikanischen Durban. Mit Wut und Herzlichkeit treten die »Tanten« von Bobbi Bear für die Rechte der Kinder ein, oft gegen korrupte Beamte und eine patriarchalische Struktur. (England/USA/Südafrika 2008, 103 Min., OmU)

Mi., 06. Juli, 20.00

EINE FLEXIBLE FRAU

Die 40jährige Architektin Greta verliert ihre Arbeit. Die Stellensuche entwickelt sich zu einem Trip durch die neue Leistungsgesellschaft. Der Spielfilm erzählt vom Scheitern einer unangepassten Frau. (Deutschland 2010, 97 Min.)

Fr., 08. Juli, 20.00

FRITZ BAUER – TOD AUF RATEN

„Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden“. Dieses Zitat spiegelt am besten wider, was den Juristen Fritz Bauer in den 1950er und 1960er Jahren bei der juristischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Deutschland antreibt. Für ihn spielte die Justiz eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau der Demokratie. Als Generalstaatsanwalt initiierte er den Frankfurter Auschwitzprozess und löste damit eine breite öffentliche Diskussion über den Holocaust aus. Die Dokumentation führt in eine Zeit, in der vor allem die ältere Generation in Deutschland die NS-Vergangenheit verdrängt. (D 2010, 97 Min.)

Sa., 09. Juli, 15.00

ANTOINE

Der sechsjährige Antoine malt, übt Korbwürfe und fährt Schlittschuh. Und er ist blind. Die Botschaft des verspielten Abenteurers: Was die Sinne nicht wahrnehmen, ersetzt die Fantasie. (Kanada 2008, 82 Min.)

Sa., 09. Juli, 20.00

BUDRUS

Im Jahr 2003 soll der israelische Schutzwall zum Westjordanland mitten durch das Land des palästinensischen Dorfes Budrus führen. Die Bewohner begehren auf und stellen sich unbewaffnet der israelischen Grenzpolizei entgegen. Gewaltfreier Widerstand in Palästina – in den Nachrichten über den Nahost-Konflikt geht dieser Teil der Geschichte meist unter. (USA 2010, 78 Min., OmU)

So., 10. Juli, 15.00

DIE ZEIT IHRES LEBENS

Alison, Hetty und Rose sind zusammen fast 300 Jahre alt. Ihr Alter hält sie nicht davon ab, sich mit Zeitungsartikeln und bei Demonstrationen in die öffentlichen politischen Debatten einzumischen. (England 2009, 70 Min.)

S., 10. Juli, 20.00

DIE KINDER VON DON QUIJOTE

Mit einer aufsehenerregenden Aktion rufen die Brüder Legrand 2006 die Pariser Bevölkerung auf, sich mit den 100.000 Obdachlosen im Land zu solidarisieren. Es entsteht eine Zeltstadt mitten im Zentrum von Paris... (Frankreich 2008, 75 Min., OmU)

2010 2011

UEBER ENGAGIERT. COURAGIERT. KONTRÖVERS.

MUT 100 STÄDTE
10 FILME

DAS BUNDESWEITE FILMFESTIVAL

FESTIVALPROGRAMM

CELLE

Alte Exerzierhalle am Neuen Rathaus
02. – 10. Juli 2011

UEBERMUT.DE

UT FOX ngs

EINE INITIATIVE DER
AKTION MENSCH

SAMSTAG, 02. JULI 2011

15:00 Uhr **MONICA UND DAVID**
Filmpartner: Lebenshilfe Celle gGmbH | Lobetalarbeit e. V.

20:00 Uhr **RAINBOW WARRIORS**
Filmpartner: Greenpeace-Gruppe Celle

SONNTAG, 03. JULI 2011

15:00 Uhr **TEENAGE RESPONSE**
Filmpartner: AWO Kreisverband Celle e. V.

19:30 Uhr **ROUGH AUNTIES**
Anschließend: Gespräch mit Heidemarie Grobe von TERRE DES FEMMES e. V. und Brigitte Fischer, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Celle

MITTWOCH, 06. JULI 2011

20:00 Uhr **EINE FLEXIBLE FRAU**
Anschließend: Gespräch mit Tatjana Turanskyj, Regisseurin des Films
Filmpartner: Brigitte Fischer, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Celle | verdi Frauen- und Gleichstellungspolitik | Celler Frauenforum | Der Paritätische Celle

FREITAG, 08. JULI 2011

20:00 Uhr **FRITZ BAUER – TOD AUF RATEN**
Anschließend: Gespräch mit Prof. Dr. Joachim Perels, Wissenschaftlicher Beirat des Fritz Bauer Instituts
Filmpartner: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten | Gedenkstätte Bergen-Belsen

SAMSTAG, 09. JULI 2011

15:00 Uhr **ANTOINE**
Filmpartner: Blinden- und Sehbehindertenverein Nord-Ost-Niedersachsen e. V. | Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Celle e. V.

20:00 Uhr **BUDRUS**
Filmpartner: VVN-BdA Celle | Amnesty International – Gruppe Celle

SONNTAG, 10. JULI 2011

15:00 Uhr **DIE ZEIT IHRES LEBENS**
Filmpartner: Seniorenbeirat der Stadt Celle

20:00 Uhr **DIE KINDER VON DON QUIJOTE**
Filmpartner: Kalandhof Celle | Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Celle e. V. | Asphalt Celle | Ambulante Hilfe Celle

Nach den Filmvorführungen laden die Filmpartner, Diskussionsteilnehmer und Gäste zu einem anschließenden Gespräch ein, das von einem/r **Gebärdensprachdolmetscher/in** begleitet wird.

Kunst & Kultur

Sa., 09. Juli, 22.00

Simm Simma Saturday#7

Reggae, Dancehall, Hip Hop und Soca

Buntes Haus, 3,00

Mo., 11. Juli, 20.00

Philip Sayce

Herzog Ernst

Sa., 16. Juli, 22.00

DekaDance

Motto: „Durchgezockt!“ mit u.a. Stibba & Benjee, Tsubamo, Mr. Diaz, 8BitDJ

Buntes Haus, 4,00

Mo., 18. Juli, 20.00

Luisiana Mojo Queen feat. Morblus

Herzog Ernst

Fr., 22. & Sa. 23. Juli

Südwinen-Festival

Memo Gonzalez & the Bluescasters (USA - Texas, Dallas), Rantanplan (HH), Patricia Vonne Band (USA - Texas, Austin), Tequila and the Sunrise Gang (KI), Klaus der Geiger (K), Groovin Goblins (OS), Die Biertenöre (B/BS), Hack (BIT), Black Soul Choir (BIT), Toxic Vapors (CE) ...

Fr., 29. Juli, 20.00

Lenard Streicher & The Walltown Boys

Weinmarkt, Großer Plan

Sa., 30. Juli, 20.00

Sonoc de Las Tunas

Weinmarkt, Großer Plan

Sa., 30. Juli, 16.00 - 22.00

Umsonst & Draußen im Triftpark

Konzert unter dem Motto "Aufmucken gegen Rechts" von Buntes Haus, DGB, Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus mit Unterstützung vom Rio's mit:

Holger Burner und co (Hip Hop), Gehörgang (Ska), Squa Unit (Dancehall) (angefragt), Bullseye (Hardcore) Berlin

Boom (Ska) (angefragt). Die Veranstaltung war bei Redaktionsschluss noch in der Planung, achtet auf Flyer und andere Ankündigungen, um zu erfahren, welche Gruppen noch dabei sein werden!

Di., 02. August, 19.00

Rechtsextremismus erkennen und damit umgehen

Referent: Christopher Vogel

Die organisierte Rechte besetzt zum einen Themen, die auf den ersten Blick keine rechte Ideologie dahinter vermuten lassen, wie Umweltschutz, Globalisierung, sie soziale Frage. Zum anderen sind Gruppen bezogene Vorurteile und Endsolidarisierung leider kein Alleinstellungsmerkmal der extremen Rechten. Wir wollen uns mit den Inhalten und Strategien der Rechten auseinandersetzen, um deutlich auf rechte Bauernfängereien reagieren zu können.

Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Gegen Rassismus und Diskriminierung - Für couragiertes Handeln" - Veranstalter: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und Diakonisches Werk Celle.

Kaminzimmer des Urbanus-Rhegius-Hauses, Fritzenwiese 9

Do., 11. August, 20.00

All Star Session

Herzog Ernst

Fr., 12. + Sa. 13. August

CellAir Musicdays

Vor dem Schloss; mehr unter: <http://cellair-musicdays.de/>

Sa., 13. August

Sommerfest im Kaffeegarten Sülze

Di., 23. August, 20.00

Jesse James King

Herzog Ernst

Sa., 27. August

Bockpalast-Festival / Bockelskamp

So What, Off Limits, Fire in Fairyland Umsonst & Draußen

Kunst - hier auch!

so der Titel eines Projektes, das, den Köpfen einiger Künstler_innen im Frühjahr entsprungen, im Oktober diesen Jahres für drei Wochen zur Aufführung kommen soll. Das Besondere an dieser Ausstellung ist, dass die Kunst an vielen verschiedenen Orten zu sehen sein wird, nämlich in den Schaufenstern zahlreicher Geschäfte in der Innenstadt. Möglich gemacht wird es u.a. durch die Inhaber_innen, die schon seit geraumer Zeit in der Initiative „pro Altstadt“ engagiert sind und - wir erinnern uns - erfolgreich die Gedo-Einkaufsgalerie verhindert hatten (nach gefühlten 50 Jahren) und nun ihre Schaufenster, in Einzelfällen auch Außenflächen, den Künstler_innen zur Verfügung stellen.



So entstehen gewissermaßen viele, viele Einzelausstellungen, begleitet wird die ganze Sache wahrscheinlich noch von Musikveranstaltungen und auch Lesungen. Grundsätzlich kann sich jede/r Künstler_in um einen Platz in einem der Schaufenster mit Bildern aus Malerei, Graphik und Photographie, mit Plastiken, Objektkunst und Skulpturen bewerben. Angegeben werden kann auch ein „Wunschfenster“, in dem ausgestellt werden soll. Wenn's da irgendwelche Überschneidungen gibt bzw. nicht ausreichend Fenster zur Verfügung stehen, wird gelöst. Zu der Veranstaltung wird ein umfangreicher Katalog erscheinen. Zeit für eine Bewerbung ist noch bis zum 10. Juli 2011. Die genauen Modalitäten sind unter folgender Kontaktadresse zu erfragen: per e-mail: kunst-hier-auch@gmx.de oder „Kunst - hier auch!“ Neumarkt 6, 29221 Celle jeden Mo. 19-21 Uhr